Für eine Sozial-ökologische Marktwirtschaft – Transformation innovativ gestalten
# Inhaltsverzeichnis

| Geleitwort | 4 |
| Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung 2022 | 8 |
| I. Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung | 9 |

## A. Von der Sozialen zur Sozial-ökologischen Marktwirtschaft

| Zur Leistung der Sozialen Marktwirtschaft | 10 |
| Schutz globaler Umweltgüter nicht ausreichend gewährleistet | 12 |
| Die Zeit ist reif für eine Sozial-ökologische Marktwirtschaft | 14 |
| Transformation, Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit | 17 |
| Bepreisung von CO₂ als ein zentrales Element des künftigen Ordnungsrahmens | 18 |
| Chancen der Digitalisierung konsequent nutzen und den Staat modernisieren | 20 |
| Respekt und soziale Sicherheit als Voraussetzungen für erfolgreiche Transformation | 20 |

## B. Wirtschaftliche Ausgangslage, finanzpolitischer Rahmen und Herausforderungen durch die Corona-Pandemie | 21 |

## C. Klimatransformation in allen Politikbereichen verankern und ökonomische Chancen nutzen

| Klimatransformation global voranbringen und national konsequent umsetzen | 29 |
| Kohle- und Atomausstieg vollenden, erneuerbare Energien massiv ausbauen | 32 |
| Erneuerbare Wärme nutzen, Gebäude energetisch sanieren und Energie konsequent einsparen | 36 |
| Industrie als Innovationstreiber nachhaltig stärken | 37 |
| Wasserstoffwirtschaft aufbauen und internationale Spitzenposition erhalten | 38 |
| Mobilität beschleunigt klimafreundlich gestalten | 39 |
| Energie bezahlbar halten und soziale Härten vermeiden | 41 |
| Wirtschaft zur Kreislaufwirtschaft weiterentwickeln, effektiv Klima und Ressourcen schützen | 42 |
| Zukunfts- und Klimainvestitionen beschleunigen, Spielräume erschließen | 43 |
| Investitionstätigkeit von Ländern und Kommunen unterstützen | 46 |
| Regionale Strukturpolitik neu ausrichten, vorzeitigen Kohleausstieg flankieren | 47 |
| Nachhaltige Investitionen stemmen und Finanzierung sicherstellen | 48 |

## D. Ordnungsrahmen für nachhaltige Transformation weiterentwickeln | 49 |

| Prozesse und Verfahren erheblich vereinfachen und beschleunigen | 50 |
| Bürokratieabbau als Querschnittsaufgabe anpacken | 50 |
| Steuerliche Investitionsanreize setzen, Steuervermeidung bekämpfen | 51 |
| Wettbewerbsrecht weiter modernisieren | 53 |
| Öffentliche Beschaffung digitaler und nachhaltiger gestalten | 54 |
| Strukturelle Schäden durch die Krise vermeiden | 55 |
| Solidarische und soziale Ökonomie als Treiber der Transformation stärken | 56 |
| Zukunftsthemen grenzüberschreitend angehen, Resilienz stärken | 56 |
E. Digitale Transformation: Innovationen ermöglichen, Produktivität steigern 59
Digitale Infrastruktur erneuern 59
Den Staat als (digitalen) Dienstleister stärken 60
Datenökonomie zur Entfaltung bringen 62
Innovationspolitik und Technologietransfer stärken 65
Schlüsseltechnologien beherrschen und anwenden 66
Neue Gründungsdynamik verstärken 68

F. Arbeitswelt transformieren, soziale Teilhabe ermöglichen 69
Strukturwandel am Arbeitsmarkt flankieren 69
Schulische Bildung verbessern, Qualifizierung verstärken 70
Aus- und Weiterbildung fördern 71
Internationale Arbeits- und Fachkräftepotenziale erschließen 73
Bedingungen am Arbeitsmarkt verbessern 74
Sozialstaat modern und generationengerecht aufstellen 76
Bezahlbaren Wohnraum gewährleisten 78

G. Sonderkapitel: Nachhaltiges und inklusives Wachstum – Dimensionen der Wohlfahrt messbar machen 79
Vorbemerkungen 79
I Wachstum, Einkommen und Beschäftigung 80
II Umwelt- und Klimaschutz 85
III Bildung, Forschung und Innovation 89
IV Soziales, Demografie und Integration 94
V Öffentliche Finanzen und gleichwertige Lebensverhältnisse 98

II. Jahresprojektion der Bundesregierung 2022 102
Überblick: Schwacher Jahreseintritt, im weiteren Verlauf kräftige wirtschaftliche Erholung 103
Weltwirtschaft mit verlangsamtem Tempo auf dem Erholungspfad 106
Deutscher Außenhandel wächst weiter kräftig 107
Investitionen wachsen nach gedämpftem Start deutlich 108
Robuste Erholung am Arbeitsmarkt 110
Hohe Inflationsrate: Allmähliche Entspannung erst im Jahresverlauf 110
Konjunkturelle Erholung verleiht Einkommen Schub 114
Staatskonsum weiter auf hohem Niveau 114

Abkürzungsverzeichnis 118
Stichwortverzeichnis 120
Verzeichnis der Schaubilder
Schaubild 1: Entwicklung der absoluten THG-Emissionen Deutschlands und des realen Bruttoinlandsprodukts ................................................. 14
Schaubild 2: Pro-Kopf-Emissionen (in Tonnen CO₂) .................................................. 16
Schaubild 3: Bruttoenergieerzeugung in Deutschland 2021 in Terawattstunden (TWh) 33
Schaubild 4: Stand der Netzausbauvorhaben (Übertragungsnetz) ......................... 35
Schaubild 5: Entwicklung der Ladesäuleninfrastruktur in Deutschland .................. 41
Schaubild 6: Bruttoanlageinvestitionen im europäischen Vergleich, 2020 ................. 44
Schaubild 7: Unternehmensinsolvenzen pro Jahr ...................................................... 55
Schaubild 8: Entwicklung des e-Government (Indexwert von 0 bis 100) ................. 61
Schaubild 9: Saisonbereinigte Entwicklung des Arbeitsmarkts ......................... 70
Schaubild 10: Veränderung der Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Staatsangehörigkeit ggü. dem Vorjahr ...................................................... 73
Schaubild 11: Jahresdurchschnittliche Beitragssätze zur Sozialversicherung in Prozent des beitragspflichtigen Bruttoarbeitsentgelts .............................................. 76
Schaubild 12: Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt) ................................................. 103
Schaubild 13: Indikatoren für Ausrüstungsinvestitionen ........................................ 109
Schaubild 14: Verbraucherpreisindex in den Jahren 2019 bis 2021 ......................... 111

Verzeichnis der Übersichten
Übersicht 1: Ausgewählte Eckwerte zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ...... 22
Übersicht 2: Zentrale Krisenmaßnahmen zur Unterstützung von Unternehmen, Selbständigen und Beschäftigten .................................................. 24
Übersicht 3: Ausgewählte Eckwerte zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ......... 104
Übersicht 4: Technische Details der Jahresprojektion 2022 ................................ 105
Übersicht 5: Wachstumsbeiträge zum Bruttoinlandsprodukt ............................... 105
Übersicht 6: Eckwerte der Jahresprojektion 2022 .................................................. 115
Übersicht 7: Gegenüberstellung der Jahresprojektion 2021 und der tatsächlichen Entwicklung ........................................................................... 117

Verzeichnis der Kästen
Kasten 1: Übersicht Inhalte „Fit-for-55“-Paket .................................................... 30
Kasten 2: Zielarchitektur der für Deutschland relevanten Klimaschutzziele .......... 31
Kasten 3: Deutsche G7-Präsidentschaft 2022 ......................................................... 57
Kasten 4: „go-digital“ .............................................................................................. 63
Kasten 5: Zukunftsfonds – Beteiligungsfonds für Zukunftstechnologien .......... 68
Kasten 6: Wie lange belasten die Lieferengpässe noch die deutsche Wirtschaft? 112
Kasten 7: Rückblick auf die Jahresprojektion 2021 ............................................... 116

Hin zu einer Sozial-ökologischen Marktwirtschaft

Das Bundesverfassungsgericht hat mit seinem Beschluss im vergangenen Jahr den Stellenwert von wirksamem Klimaschutz für die nachfolgenden Generationen unterstrichen. Als starke Industrienation, die umfassend in die globalen Wertschöpfungsketten eingebettet ist, hat unser Land beim Schutz der Ökologie eine herausgehobene Verantwortung. Deutschland wird seinen Beitrag leisten, die Klimaschutzziele von Paris einzuhalten und die Erderwärmung wirksam zu begrenzen.

Diesem nachhaltigen Ansatz mehr Konsequenz zu verleihen erfordert, die Soziale Marktwirtschaft zur Sozial-ökologischen Marktwirtschaft weiterzuentwickeln. Unsere Wirtschaftsordnung muss die Interessen künftiger Generationen und den Schutz globaler Umweltgüter systematischer und deutlich verlässlicher berücksichtigen.

Noch herrscht weltweit ein Hunger nach fossiler Energie, der die Preise in die Höhe treibt, zu Lasten von Verbraucherinnen und Verbrauchern und Unternehmen geht und die Abhängigkeit Deutschlands erhöht. Ein Umstieg auf erneuerbare Energien bedeutet damit auch, dass Strom günstig und verlässlich zur Verfügung stehen wird und die Unabhängigkeit stärkt – es sind die Erneuerbaren, die künftig die Versorgungssicherheit gewährleisten werden. Um Bürgerinnen und Bürger, kleine und mittlere Unternehmen in der Phase des Übergangs zu unterstützen, entlasten wir sie vollständig von der EEG-Umlage.

Zentral ist, dass es Planungssicherheit für alle Akteure gibt und Planungs- und Genehmigungsverfahren für die notwendigen Investitionen deutlich beschleunigt werden. Durch so genannte Klimaverträge werden wir sicherstellen, dass klimaschonende Verfahren im Wettbewerb mit emissionsintensiveren, auf fossilen Energieträgern basierenden Verfahren in der Übergangsphase keine Wettbewerbsnachteile haben.

Die Transformation hin zur Klimaneutralität wird das Tempo des sich ohnehin schon rasch vollziehenden Strukturwandels der Wirtschaft weiter erhöhen. Es werden neue Bereiche, neue Arbeitsplätze, neue Geschäftsfelder entstehen, in anderen drohen Verluste, und sie betreffen auch Identitäten, Tradition, das, worauf Menschen stolz sind. Auch daraus wächst eine Verantwortung. Es geht darum, Anerkennung zu zollen, Sicherheit im Übergang zu geben, Perspektiven zu ermöglichen.

Es ist wichtig, dass wir durch das Gesamtdeutsche Fördersystem der Regional- und Strukturpolitik zu gleichwertigen Lebensverhältnissen in ganz Deutschland beitragen und auch die Kohleregionen in der Transformation unterstützen. Es gilt, die wirtschaftlichen Chancen für vom Strukturwandel betroffene Regionen zu nutzen. Gleichzeitig müssen wir eine gesellschaftliche Debatte zur kulturellen Identität von Räumen im Wandel führen.

**Wirtschaftliche Erholung und Jahrzehnt der Zukunftsinvestitionen**

Zu Beginn des Jahres 2022 stecken wir immer noch in der Corona-Pandemie, die weiterhin in einigen Bereichen der Wirtschaft zu Einschränkungen führt und den Menschen in unserem Land Enormes abverlangt. Über die noch schwierige wirtschaftliche Aufholphase hinweg setzen wir die Hilfsprogramme für die Unternehmen und die Regelungen zur Kurzarbeit fort. Mit zunehmender Impfquote sollte
es gelingen, das Pandemiegeschehen bald nachhaltig einzudämmen und die Krisenhilfen zurückzuführen. Dann wird sich auch die wirtschaftliche Erholung zusehends beschleunigen. Die Bundesregierung geht von einer Wachstumsrate des realen Bruttolandesprodukts von 3,6 % in diesem Jahr aus.


Die Bundesregierung strebt entsprechend an, die gesamtwirtschaftliche Investitionsquote deutlich über den EU-Durchschnitt anzuheben. Erforderlich dafür sind vor allem private Investitionen, die wir durch günstige Rahmenbedingungen und zusätzliche Anreize für die Transformation mobilisieren wollen.

Wir setzen dabei auf die Stärken der deutschen Volkswirtschaft, fest eingebettet in den Europäischen Binnenmarkt. Die deutsche Wirtschaft zeichnet sich durch ihre gesunde, breit aufgestellte Struktur aus großen, mittleren und kleinen Unternehmen, die hoch innovativ sind, ebenso wie durch hervorragend ausgebildete Beschäftigte aus. Um diese Stärken auszubauen, wollen wir gemeinsam mit der Wirtschaft die Ausgaben für Forschung & Entwicklung weiter auf 3,5 % des BIP steigern und eine neue Gründungsdynamik entfachen. Dazu wird unter anderem der Zukunftsfonds für Wagniskapital beitragen.


**Ein Diskurs über unseren Wohlstand**


Darüber hinaus wollen wir auch einen offenen Diskurs darüber führen, was Wohlstand und
Lebensqualität langfristig wirklich ausmacht, wo sich Nachhaltigkeit und Wachstum ergänzen können und wo Abwägungen getroffen werden müssen.


Ausblick

Klimaschutz ist eine Aufgabe, die über den Zeithorizont einer Legislaturperiode weit hinausreicht. Wir sehen uns aber hier und heute in der Verantwortung, den Pfad verlässlich aufzuzeigen, damit das Ziel der Klimaneutralität 2045 erreicht wird.

Wir setzen dabei auf die Offenheit, die Kreativkraft und die Fähigkeiten jeder und jedes Einzelnen, immer wieder neu Lösungen zu finden und die Transformation gemeinsam zu meistern. Und wir setzen auf die innovative Kraft des Wettbewerbs, die über die Zeit immer wieder zu günstigeren, besseren Verfahren und zu enormen Produktivitätsgewinnen führt. Auf dem Fundament einer weiterentwickelten Sozial-ökologischen Marktwirtschaft kann diese Aufgabe gelingen.

Dr. Robert Habeck
Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz
Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung 2022


In Teil I des Berichts stellt die Bundesregierung zentrale wirtschafts- und finanzpolitische Themen schwerpunkte dar. Wie im StabG vorgesehen, wird in Teil II die Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung für das laufende Jahr erläutert.


I. Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung
A. Von der Sozialen zur Sozialökologischen Marktwirtschaft


2. Die durch die Pandemie erschwerte Ausgangslage ändert nichts daran, dass langfristige Herausforderungen wie die notwendige Transformation zu einer klimaneutralen und insgesamt nachhaltigen Wirtschaft und Gesellschaft, die Digitalisierung oder die perspektivisch zunehmenden Engpässe bei Fachkräften beschleunigt angegangen werden müssen. Hinzu kommt ein sich stark veränderndes geopolitisches Umfeld, das nicht nur den bewährten Multilateralismus, sondern auch Deutschland und Europa technologisch und industriell verstärkt herausfordert.

Deutschland benötigt eine Wirtschaftspolitik, die es den Unternehmen ermöglicht, auch künftig innovativ und zukunftsfähig zu sein und ihre Stärken weiter auszubauen. Dabei bietet eine erfolgreiche Transformation für die deutsche Wirtschaft nicht nur Herausforderungen, sondern auch Chancen. Mit der richtigen Rahmensetzung durch eine überlegte Wirtschaftspolitik kann es deutschen Unternehmen gelingen, die Technologieführerschaft in CO₂-neutralen Produktionsverfahren und klimafreundlichen Produkten zu erlangen. Davon wird nicht nur der globale Klimaschutz profitieren, sondern Deutschland kann damit für die nächsten Jahrzehnte auch zum „Ausrüster der Welt“ werden und damit die eigene Position unter den führenden Wirtschaftsnationen der Welt sichern. Durch Deutschlands zentrale Rolle im europäischen Binnenmarkt und die vielen inner europäischen Wertschöpfungsketten kann auch die Europäische Union insgesamt profitieren.


Zur Leistung der Sozialen Marktwirtschaft


Im Zentrum des Konzepts steht die Maßgabe, die Preissetzungs- und Allokationsmechanismen der Märkte soweit wie – ohne negative Begleiterscheinungen – möglich wirken zu lassen, die Rahmenbedingungen aber so zu setzen, dass der marktwirtschaftliche Prozess aus sich heraus zu einem sozialen...
ausgewogenen Wachstum führt, so dass eine nachträgliche sozialstaatliche Korrektur der Marktergebnisse nur sehr begrenzt notwendig ist. Darum sind die Koalitionsfreiheit der Tarifparteien, die gesetzlich verankerte Mitbestimmung, aber auch staatliche Eingriffe in den Bereichen der Daseinsvorsorge konstituierende Elemente des Modells der Sozialen Marktwirtschaft.


Wenngleich in der Geschichte der Sozialen Markt- 
wirtschaft Entscheidungen unter anderem in den 
Bereichen der Konjunktur-, aber auch der Indust-
rie- und Transformationspolitik immer wieder kon-
trovers diskutiert wurden, erfordern veränderte 
Umstände immer wieder eine gestaltende Rolle 
des Staates. Zum Beispiel haben jüngere Entwick-
lungen der Globalisierung und Digitalisierung 
auch europäische Ansätze der Innovations- und 
Industriepolitik beeinflusst: So traten unter ande-
rem vermehrt Netzwerkeffekte, hohe Investitions-
kosten mit unklarer Verwertbarkeit, disruptive 
Entwicklungen und Koordinationsprobleme auf – 
all dies bedarf einer entsprechenden Neuausrich-
tung staatlichen Handelns. Ein Verzicht auf jegli-
che Formen einer aktivierenden und gestaltenden 
Wirtschaftspolitik kann mit einem nachhaltigen 
Verlust an technologischer und industrieller Wett-
bewerbsfähigkeit im globalen Kontext einherge-
hen. Wesentlich ist hierbei, dass Wirtschafts- und 
Finanzpolitik evidenzbasiert und wissenschaftlich 
fundiert gestaltet wird. Hierzu leisten unter ande-
rem der institutionalisierte Austausch mit dem 
Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamt-
wirtschaften Entwicklung, aber auch andere For-
men der Politikberatung seit Jahrzehnten wichtige 
Beiträge.

8. Neben der in vielen Bereichen konstruktiven 
Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft 
durch praktizierte Wirtschaftspolitik lassen sich 
aber auch langfristige Fehlentwicklungen ausma-
chen, die mitunter zu einer problematischen Dis-
krepanz zwischen dem Leitbild der Sozialen Markt-
wirtschaft und der wirtschaftspolitischen Praxis 
geführt haben. Im Sinne einer kritischen Bestands-
aufnahme gilt es, die richtigen Schlüsse zur Wahr-
zung des Grundkonsenses zu ziehen und Kurs-
korrekturen vorzunehmen. Einige Entwicklungen 
lassen eine stärkere Rückbesinnung auf die ur-
sprünglichen Ordnungsprinzipien der Sozialen 
Marktwirtschaft als sinnvoll und geboten erschei-
nen. In vielen Bereichen hat etwa die staatliche 
Regulierung eine Tiefe und Differenziertheit 
erreicht, die eine dynamische wirtschaftliche Ent-
wicklung und schnellen Fortschritt spürbar hemmt. 
Auch das Versprechen einer breiten und gleichbe-
rechtigten Teilhabe der Bevölkerung an den Chan-
cen des wirtschaftlichen Fortschritts konnte trotz 
des beachtlichen Wohlfahrtsstaates nicht vollstän-
dig eingelöst werden. Gerade die Corona-Pandemie 
hat Defizite im Hinblick auf die Chancengerechtig-
keit – etwa im Bildungsbereich – offengelegt (vgl. 
JG S. 239 ff.). Darüber hinaus sieht die Bundesregie-
run die Dynamik des Wirtschaftsmodells auch 
durch die strukturell gewachsene Einflussnahme 
partieller Interessen in Deutschland und der EU 
geschwächt. Sie strebt daher wieder eine stärkere 
Orientierung am Gemeinwohl sowie eine kritische 
Reflexion einzelner Subventionstatbestände und 
(steuer-)rechtlicher Ausnahmetatbestände an.

9. Die Gesamtbilanz der Sozialen Marktwirtschaft 
est eindeutig positiv: Das Wirtschaftsmodell in sei-
en unterschiedlichen internationalen Ausprägun-
gen hat maßgeblich zu hoher Lebensqualität gro-
ßer Bevölkerungssteile in Deutschland, aber auch in 
den anderen westlich geprägten Demokratien beitrag-
en. Trotz der genannten Fehlentwicklungen gibt 
die bestehende Wirtschaftsordnung – gerade auch 
durch die Weiterentwicklungen der vergangenen 
Jahrzehnte – einen verlässlichen Rahmen vor, um 
viele der aktuellen und kommenden Herausforde-
rungen politisch zu lösen und weitere Fortschritte 
zumöglichen.

Schutz globaler Umweltgüter nicht ausreichend 
gewährleistet

10. Auch in der globalen Perspektive haben markt-
wirtschaftliche Ordnungen maßgeblich zu den 
Entwicklungsfortschritten der vergangenen Jahr-
zehnte beigetragen. Insbesondere die damit ein-
hergehenden Verbesserungen der Lebensqualität


Die Zeit ist reif für eine Sozial-ökologische Marktwirtschaft


15. Eine weitere punktuelle Reparatur von Fehlentwicklungen der Märkte wäre unzureichend angesichts der Tatsache, dass Deutschland seine jährliche Emissionsreduktion gegenüber dem Zeitraum von 1990 bis 2020 verdoppeln muss, um das Ziel der Klimaneutralität bis 2045 noch zu erreichen bzw. den deutschen Beitrag zur Erreichung des Übereinkommens von Paris zu leisten. Zwischenzeitlich muss sich das Tempo der Emissionsminde-

Schaubild 1: Entwicklung der absoluten THG-Emissionen Deutschlands und des realen Bruttoinlandsprodukts

Quelle: Umweltbundesamt, Statistisches Bundesamt.

16. Eine solche Weiterentwicklung verlangt insbesondere die folgenden drei Elemente:


17. Deutschland hat aufgrund seines überschaubaren Anteils an den weltweiten THG-Emissionen einen relativ geringen direkten Einfluss auf die weitere Entwicklung des Klimawandels. Daher wird regelmäßig infrage gestellt, inwiefern ein besonders ambitioniertes Voranschreiten Deutschlands notwendig ist, insbesondere wenn es nicht gelingt, Verlagerungseffekte im Zusammenhang mit THG-Emissionen auszuschließen. Hierauf gibt die Bundesregierung vier Antworten:

(1) Zunächst hält die Bundesregierung fest, dass neben der völkerrechtlichen Bindung durch das Übereinkommen von Paris auch europäische und nicht zuletzt durch den Beschluss des Bundesverfassungsgerichts auch weitreichende nationale Verpflichtungen für eine umfassende und zeitnahe Transformation der Wirtschaft existieren.

(2) Unabhängig von den verbindlichen rechtlichen Rahmenbedingungen sieht die Bundesregierung eine globale Verantwortung Deutschlands im Hinblick auf die Bekämpfung des Klimawandels. Im Jahr 2020 lagen die CO₂-Emissionen pro Kopf in Deutschland mit 7,7 Tonnen weiterhin deutlich sowohl über dem Schnitt der EU-27 (5,9 Tonnen) als auch über dem der gesamten Erdbevölkerung (unter 5 Tonnen) (vgl. Schaubild 2). Deutschland ist als starke Exportnation nun gefordert zu zeigen, dass eine auf ökologische Nachhaltigkeit angelegte Wirtschaft gleichzeitig eine global wettbewerbsfähige Wirtschaft sein kann.

(3) Angesichts der historischen Aufgabe der Transformation und der damit einhergehenden Kosten legt die Bundesregierung schließlich großen Wert darauf, dass die deutsche – fest eingebettet in die europäische – Klimaschutzpolitik letztlich im Rahmen eines weltweit effektiven

![Schaubild 2: Pro-Kopf-Emissionen (in Tonnen CO₂)](Quelle: Global Carbon Project (2021).)
Klimaschutzes erfolgt. Daher setzt die Bundesregierung künftig einen Schwerpunkt im Bereich der Klimaaußenpolitik. Sie setzt sich etwa durch die Initiative für einen offenen Klimaclub mit Nachdruck auch für eine internationale (Mindest-)Bepreisung von CO₂ ein. Unabhängig davon ist die Bundesregierung überzeugt, dass der Aufbruch Deutschlands zu einer treibhausgasneutralen Wirtschaft bereits in wenigen Jahren technische und nicht-technische Innovationen hervorbringen wird, die maßgeblichen Einfluss auf die Möglichkeiten weltweit haben werden, klimaneutral und nachhaltig zu leben und zu wirtschaften.


Im Bewusstsein dieser Feststellungen wird die Bundesregierung ihre Politik auf die Erhaltung und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, Innovationskraft und Wachstumsdynamik ausrichten, um Wohlstand zu sichern und gleichzeitig eine insgesamt nachhaltige Entwicklung zu erreichen.

Transformation, Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit


Bepreisung von CO₂ als ein zentrales Element des künftigen Ordnungsrahmens

22. Um den Umbau in eine nachhaltige Wirtschaft in Gang zu setzen, knüpft die Bundesregierung an die Tradition der Sozialen Marktwirtschaft an und vertraut grundsätzlich auf Dezentralität und den Preismechanismus und damit marktwirtschaftliche Instrumente. So lassen sich effiziente und substanzielle Fortschritte in Richtung einer Sozialökologischen Marktwirtschaft gerade durch eine stärkere Rückbesinnung auf die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft erzielen.


Damit ein ansteigender CO₂-Preis seine Lenkungswirkung entfalten kann, ist es wesentlich, die Rahmenordnung der besonders betroffenen Märkte dahingehend anzupassen, dass private Haushalte und Unternehmen zu einer Substitution von fossil energetrinären befähigt werden. Damit Unternehmen und Privathaushalte auf die Preissignale reagieren können, muss eine entsprechende öffentliche und private Infrastruktur bereitgestellt werden.

Dies betrifft die Verfügbarkeit von grünem Wasserstoff und grünem Strom für die Industrie ebenso wie das Angebot alternativer Verkehrstechnologien und die Frage der Anreizwirkungen im Gebäude- sektor. Ehe derartige Vorkehrungen nicht getroffen
I. WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK DER BUNDESREGIERUNG

... wäre ein steiler CO$_2$-Preispfad bei Unternehmen vielfach zu Emissionsverlagerungen ins Ausland und bei privaten Haushalten zu Realeinkommensverlusten führen. Daher sieht die Bundesregierung in den kommenden Jahren auch den gezielten Einsatz von Förderprogrammen als zweckdienlich und notwendig an, um Emissionen rasch und kosteneffizient zu mindern. Dabei sind Mitnahmeeffekte konsequent zu begrenzen und ein effizienter Mitteleinsatz zu gewährleisten.


27. Die Bepreisung von THG-Emissionen in Verbindung mit flankierenden Instrumenten, die in ihrer Wirkung ebenfalls auf eine kosteneffiziente
Emissionsminderung abzielen, schafft die Grundlage für einen erfolgreichen Transformationsprozess.

Ein Großteil der Wertschöpfung wird auf absehbare Zeit zwangsläufig noch mit gewissen THG-Emissionen verbunden sein. Künftig gilt es aber zu vermeiden, dass klimaschädliche Formen der Wertschöpfung staatlich begünstigt werden. Daher gilt es, den bestehenden Ordnungsrahmen inklusive zahlreicher wirtschaftspolitischer Instrumente im Hinblick auf die Transformationsaufgabe zu überprüfen und ggf. anzupassen. Dies gilt für die Wettbewerbspolitik ebenso wie für das Vergaberecht, für die Regionalpolitik gleichermaßen wie für die Innovations- und Mittelstandspolitik.

Chancen der Digitalisierung konsequent nutzen und den Staat modernisieren


Respekt und soziale Sicherheit als Voraussetzungen für erfolgreiche Transformation

31. Der Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft der Nachkriegszeit basierte u. a. auf dem glaubwürdigen Versprechen, durch eigene Arbeit und neue Ideen zu materiellem Wohlfahrt zu gelangen. Heute liegt die durchschnittliche Kaufkraft der Bürgerinnen und Bürger um ein Vielfaches höher als damals. Nicht wenige fragen sich aber im Hinblick auf die bevorstehenden Herausforderungen,
ob sie ihr heutiges Wohlstandsniveau zumindest beibehalten werden können. Eine weitreichende Transformationsagenda wird vor allem dann Unterstützung finden, wenn diese sozial gerecht gestaltet wird und neue Chancen für die Breite der Bevölkerung geschaffen werden. Gemeinsame Herausforderungen können Gesellschaften dann erfolgreich angehen, wenn sozialer Zusammenhalt und gleichwertige Lebensverhältnisse gewährleistet werden.


B. Wirtschaftliche Ausgangslage, finanzpolitischer Rahmen und Herausforderungen durch die Corona-Pandemie


sich fortsetzen und die Kurzarbeit dürfte sich weitgehend auflösen.


Übersicht 1: Ausgewählte Eckwerte zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

<table>
<thead>
<tr>
<th>Endergebnis des Bruttoinlandsprodukts (BIP)</th>
<th>2020</th>
<th>2021</th>
<th>Jahresprojektion 2022</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>BIP (preisbereinigt)</td>
<td>-4,6</td>
<td>2,7</td>
<td>3,6</td>
</tr>
<tr>
<td>Erwerbstätige (im Inland)</td>
<td>-0,8</td>
<td>0,0</td>
<td>0,9</td>
</tr>
<tr>
<td>Arbeitslosenquote in Prozent (Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit – BA)²</td>
<td>5,9</td>
<td>5,7</td>
<td>5,1</td>
</tr>
<tr>
<td>VERWENDUNG des BIP preisbereinigt (real)</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Private Konsumausgaben</td>
<td>-5,9</td>
<td>0,0</td>
<td>6,0</td>
</tr>
<tr>
<td>Ausrüstungen</td>
<td>-11,2</td>
<td>3,2</td>
<td>4,1</td>
</tr>
<tr>
<td>Bauten</td>
<td>2,5</td>
<td>0,5</td>
<td>1,0</td>
</tr>
<tr>
<td>Inlands Nachfrage</td>
<td>-4,0</td>
<td>1,9</td>
<td>3,9</td>
</tr>
<tr>
<td>Exporte</td>
<td>-9,3</td>
<td>9,4</td>
<td>5,5</td>
</tr>
<tr>
<td>Importe</td>
<td>-8,6</td>
<td>8,6</td>
<td>6,3</td>
</tr>
<tr>
<td>Außenbeitrag (Impuls)³</td>
<td>-0,8</td>
<td>0,9</td>
<td>0,0</td>
</tr>
<tr>
<td>Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer</td>
<td>-0,1</td>
<td>3,2</td>
<td>3,7</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Quellen: Statistisches Bundesamt 2021; Jahresprojektion 2022 der Bundesregierung.

¹ Bis 2021 vorläufige Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes; Stand: Januar 2022.
² Bezogen auf alle Erwerbspersonen.
³ Absolute Veränderung der Vorräte bzw. des Außenbeitrags in Prozent des BIP des Vorjahres (= Beitrag zur Zuwachsrate des BIP).


1 Berechnung des Bruttoinlandsprodukts der Weltwirtschaft unter Verwendung von Kaufkraftparitäten.


Für Soloselbständige wurde mit der Neustarthilfe ein Hilfsmittel geschaffen, das der Unterstützung der Selbständigen ohne hohe Fixkosten dient.

Bei der Umsetzung achtet die Bundesregierung darauf, dass die Corona-Hilfen genau bei den betroffenen Unternehmen und Selbständigen ankommen. Es werden präventive Maßnahmen gegen Missbrauch und Betrug getroffen. Die Abwicklung der Wirtschaftshilfen erfolgt über die Länder.

Durch digitale Antragsverfahren und die gute Zusammenarbeit von Bund und Ländern ist es gelungen, insgesamt seit Beginn der Pandemie für vier Millionen Anträge Zuschüsse zu bewilligen. Im Rahmen des KfW-Sonderprogramms wurden rund 156.000 Zusagen erteilt.

Für branchenspezifische Hilfen im Kultur- und Medienbereich stehen mit dem Programm NEUSTART KULTUR sowie dem Sonderfonds des Bundes für Kulturveranstaltungen insgesamt 4,5 Milliarden Euro zur Verfügung.

**Übersicht 2: Zentrale Krisenmaßnahmen zur Unterstützung von Unternehmen, Selbständigen und Beschäftigten**


Für Soloselbständige wurde mit der Neustarthilfe ein Hilfsmittel geschaffen, das der Unterstützung der Selbständigen ohne hohe Fixkosten dient.

Bei der Umsetzung achtet die Bundesregierung darauf, dass die Corona-Hilfen genau bei den betroffenen Unternehmen und Selbständigen ankommen. Es werden präventive Maßnahmen gegen Missbrauch und Betrug getroffen. Die Abwicklung der Wirtschaftshilfen erfolgt über die Länder.

Durch digitale Antragsverfahren und die gute Zusammenarbeit von Bund und Ländern ist es gelungen, insgesamt seit Beginn der Pandemie für vier Millionen Anträge Zuschüsse zu bewilligen. Im Rahmen des KfW-Sonderprogramms wurden rund 156.000 Zusagen erteilt.

Für branchenspezifische Hilfen im Kultur- und Medienbereich stehen mit dem Programm NEUSTART KULTUR sowie dem Sonderfonds des Bundes für Kulturveranstaltungen insgesamt 4,5 Milliarden Euro zur Verfügung.

**Unterstützungen für Unternehmen, Selbständige und Beschäftigte (in Milliarden Euro)**

- **Ausgezahlte Zuschüsse**: 60 Milliarden Euro
- **Rekapitalisierungen**: 55 Milliarden Euro
- **Kredite**: 24,6 Milliarden Euro
- **Bürgschaften/Garantien**: 17,6 Milliarden Euro
- **Kurzarbeitergeld/SV-Beiträge**: 42,1 Milliarden Euro

KURZÜBERBLICK ABRUFZAHLEN AKTUELLE ÜBERBRÜCKUNGSHILfen

<table>
<thead>
<tr>
<th>Förderzeitraum</th>
<th>gestellte Anträge</th>
<th>bewilligte Anträge</th>
<th>beantragtes Fördervolumen</th>
<th>ausgezahltes Fördervolumen</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td></td>
<td>Anzahl</td>
<td>Anzahl (Anteil an</td>
<td>Mrd. EUR</td>
<td>Mrd. EUR (Anteil des</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td></td>
<td>gestellten Anträgen in %)</td>
<td></td>
<td>beantragten Volumens in %)</td>
</tr>
<tr>
<td>Überbrückungshilfe III</td>
<td>November 2020 bis Juni 2021</td>
<td>534.685</td>
<td>464.120 (87 %)</td>
<td>33,77</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td>25,67 (76 %)</td>
</tr>
<tr>
<td>Überbrückungshilfe III Plus</td>
<td>Juli bis Dezember 2021</td>
<td>49.777</td>
<td>26.425 (53 %)</td>
<td>2,45</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td>1,26 (51 %)</td>
</tr>
<tr>
<td>Neustarthilfe</td>
<td>Januar bis Juni 2021</td>
<td>264.579</td>
<td>254.936 (96 %)</td>
<td>1,638</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td>1,591 (97 %)</td>
</tr>
<tr>
<td>Neustarthilfe Plus</td>
<td>Juli bis September 2021</td>
<td>84.330</td>
<td>73.667 (87 %)</td>
<td>0,3</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td>0,261 (87 %)</td>
</tr>
<tr>
<td>Neustarthilfe Plus</td>
<td>Oktober bis Dezember 2021</td>
<td>52.722</td>
<td>41.712 (79 %)</td>
<td>0,186</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td>0,145 (78 %)</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Stand: 29.12.2021

Für den Förderzeitraum Januar bis März 2022 steht den Unternehmen die Überbrückungshilfe IV und die Neustart hilfe 2022 zur Verfügung.

AUSWAHL WICHTIGER CORONA-UNDERSÜTZUNGSMASSNAHMEN DER BUNDESREGIERUNG FÜR UNTERNEHMEN

<table>
<thead>
<tr>
<th>(RE-)KAPITALISIERUNG</th>
<th>WIRTSCHAFTS-STABILISIERUNGSFONDS</th>
<th>KFW-SCHNELLKREDIT UND KFW-SONDERPROGRAMM</th>
<th>EXPORTKREDIT-GARANTIE- UND BÜRGSCHAFTEN</th>
<th>KURZARBEITEGELD</th>
<th>STEUERLICHE MASSNAHMEN</th>
<th>ÜBERBRÜCKUNGS-HILFE III PLUS/IV</th>
<th>NEUSTART KULTUR, SONDERFONDS, PROFISPORT</th>
<th>GRUNDSICHERUNG UND NEUSTARTHILFE (NSH) PLUS/NSH 2022</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Die KfW stellt für Start-ups und kleine Mittelständler den Förderinstitut den der Landesfinanzverwaltungen freigestellte Globaldeleg zur Verfügung, mit denen bestehende und neue Förderprogramme der Länder anfallig zu finanzieren können. (max. 2,3 Mio. EUR pro Unternehmensgruppe bis 1,8 Mio. EUR) von staatlicher Seite.</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Verlängert bis 30.06.2022</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>↗ <a href="http://www.kfw.de">www.kfw.de</a></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Zudem sind die Beteiligungsgesellschaften der mittelständischen Beteiligungsgesellschaften verbessert worden (Rückgärten des Bundes und der Länder).</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Antragstellung bis 30.04.2022</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>↗ <a href="http://www.vdb-emergencies.de">www.vdb-emergencies.de</a></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Sonderregelungen zu Bezugsdauer, erleichterter Zugang und Öffnung für Zeitarbeiter. Erhöhung der Leistungssätze bei längerer Bezugsdauer auf bis zu 80 % des Nettoentgelts, wenn ein Kind im Haushalt lebt.</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Verlängert bis 31.03.2022</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>↗ <a href="http://www.arbeitenagentur.de">www.arbeitenagentur.de</a></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Exportkreditgarantien Der Bund sichert Exportgeschäfte zu kurzfristigen Zahlungsbedingungen (bis zu 24 Monate) auch im Rahmen der Exportkreditgarantien ab.</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Verlängert bis 31.03.2022</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>↗ <a href="http://www.kfw.de">www.kfw.de</a></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Die Bundesländer und die Länder können Kreditvolumen max. 2,3 Mio. EUR (bisher 1,8 Mio. EUR) bereitstellen.</td>
<td>Exportkreditgarantien Der Bund sichert Exportgeschäfte zu kurzfristigen Zahlungsbedingungen (bis zu 24 Monate) auch innerhalb der Europäischen Union und in bestimmten OECD-Ländern mit staatlichen Exportkreditgarantien ab.</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Verlängert bis 31.03.2022</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>↗ <a href="http://www.kfw.de">www.kfw.de</a></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Die KfW-Schnellkredit Programm erleichtert den Zugang zu garantiertem Kredit von bis zu 2,5 Mio. EUR Risikoteilung zwischen Bund, Land und Bürgschaftsbank.</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Antragstellung bis 30.04.2022</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>↗ <a href="http://www.vdb-info.de">www.vdb-info.de</a></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Exportkreditgarantien Der Bund sichert Exportgeschäfte zu kurzfristigen Zahlungsbedingungen (bis zu 24 Monate) auch innerhalb der Europäischen Union und in bestimmten OECD-Ländern mit staatlichen Exportkreditgarantien ab.</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Verlängert bis 31.03.2022</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>↗ <a href="http://www.kfw.de">www.kfw.de</a></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Exportkreditgarantien Der Bund sichert Exportgeschäfte zu kurzfristigen Zahlungsbedingungen (bis zu 24 Monate) auch innerhalb der Europäischen Union und in bestimmten OECD-Ländern mit staatlichen Exportkreditgarantien ab.</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Verlängert bis 31.03.2022</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>↗ <a href="http://www.kfw.de">www.kfw.de</a></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Die KfW-Schnellkredit Programm erleichtert den Zugang zu garantiertem Kredit von bis zu 2,5 Mio. EUR Risikoteilung zwischen Bund, Land und Bürgschaftsbank.</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Antragstellung bis 30.04.2022</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>↗ <a href="http://www.vdb-info.de">www.vdb-info.de</a></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Die KfW-Schnellkredit Programm erleichtert den Zugang zu garantiertem Kredit von bis zu 2,5 Mio. EUR Risikoteilung zwischen Bund, Land und Bürgschaftsbank.</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Antragstellung bis 30.04.2022</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>↗ <a href="http://www.vdb-info.de">www.vdb-info.de</a></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Die KfW-Schnellkredit Programm erleichtert den Zugang zu garantiertem Kredit von bis zu 2,5 Mio. EUR Risikoteilung zwischen Bund, Land und Bürgschaftsbank.</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Antragstellung bis 30.04.2022</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>↗ <a href="http://www.vdb-info.de">www.vdb-info.de</a></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>


42. Vor diesem Hintergrund stellt die Bundesregierung 60 Milliarden Euro im zweiten Nachtrags- haushalt 2021 für den Energie- und Klimafonds, der zu einem Klima- und Transformationsfonds weiterentwickelt werden soll, zur Bewältigung der Pandemiefolgen bereit (vgl. Tz. 108).


\[ \text{Die Finanzierung von neuen Maßnahmen und Programmen erfolgt innerhalb der bestehenden Haushaltsansätze der betroffenen Einzelpläne. Die Anführung von Maßnahmen in diesem Bericht präjudiziert weder die laufenden noch künftige Haushaltsverhandlungen.} \]
die Bundesregierung auch zum Jahresgutachten 2021/2022 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Stellung.¹

C. Klimatransformation in allen Politikbereichen verankern und ökonomische Chancen nutzen


46. Dieser Pfad bietet große Chancen für den Wirtschaftsstandort. Denn indem Deutschland beim Klimaschutz vorangeht, besteht für hiesige Unternehmen die große Chance, frühzeitig Technologien, Anlagen und Verfahren zu entwickeln, die Drittstaaten auf ihrem Weg zur Dekarbonisierung ebenso benötigen werden; deutsche Unternehmen können somit ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit steigern. Zudem werden massive Investitio-


³ Zur besseren Lesbarkeit sind Textpassagen, die detailliert auf das Jahresgutachten des Sachverständigenrates eingehen, farblich unterlegt.
Klimatransformation global voranbringen und national konsequent umsetzen


49. Um den internationalen Klimaschutz voranzubringen, wird die Bundesregierung eine kohärente Klimaausenpolitik betreiben, die auf eine konsequente Steigerung des globalen Aktionsniveaus beim Klimaschutz abzielt. Hierbei wird die Instrumente nutzen, die auch der Sachverständigenrat als zielführend für internationale Klimakoooperation ansieht.

Es gilt, die Europäische Union und internationale Gremien gemeinsam mit europäischen Partnern für eine Initiative zur Gründung eines für alle Staaten kooperativen und offenen internationalen Klimaklubs mit einem einheitlichen CO₂-Mindestpreis und einem gemeinsamen CO₂-Grenzausgleich zu nutzen (vgl. JG Tz 613 ff.). Im Rahmen der diesjährigen deutschen G7-Präsidentschaft wird die Bundesregierung diese und weitere Initiativen auch zur Gründung von Klimapartnerschaften (vgl. JG Tz 583 ff.) vorantreiben.

50. Die Bundesregierung setzt sich zudem dafür ein, die Arbeit der Welthandelsorganisation (WTO) auch mit Blick auf Klimaaspekte zu stärken und weiterzuentwickeln (vgl. JG Tz 578 f.). Zudem können Finanzierungsinstrumente der Außenwirtschaft einen aktiven Beitrag zum internationalen Klimaschutz leisten, indem sie sowohl mehr privates Kapital für Erneuerbare-Energien-Projekte mobilisieren als auch treibhausgasintensive Exporte schrittweise weniger unterstützen.


52. Der Preis im europäischen Emissionshandel EU-ETS liegt derzeit bei deutlich über 60 Euro pro Tonne. Voraussichtlich wird er strukturell nicht unter dieses Niveau fallen, sondern eher steigen. Sollte die Entwicklung der nächsten Jahre anders verlaufen und die Europäische Union sich nicht auf einen EU-ETS-Mindestpreis verständigt haben, wird die Bundesregierung über entsprechende nationale Maßnahmen entscheiden, damit der Preis langfristig nicht unter 60 Euro pro Tonne fällt.


Kasten 1: Übersicht Inhalte „Fit-for-55“-Paket
Die EU-Kommission hat ein Legislativpaket vorgestellt, das insgesamt 17 Rechtsetzungsvorschläge (Richtlinien und Verordnungen) umfasst.
Damit soll eine Treibhausgasminderung innerhalb der Europäischen Union von mindestens -55 Prozent im Vergleich zum Jahr 1990 bis zum Jahr 2030 sowie die Treibhausgasneutralität der EU bis zum Jahr 2050 erzielt werden. Gleichzeitig soll die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft erhalten und gestärkt werden, auch mit Blick auf die energieintensive Industrie.


Kasten 2: Zielarchitektur der für Deutschland relevanten Klimaschutzziele

Auf internationaler Ebene ist Deutschland verpflichtet, das Übereinkommen von Paris umzusetzen, wonach der durchschnittliche globale Temperaturanstieg auf deutlich unter 2 Grad Celsius und wegen der erheblich weniger schwerwiegenden Klimafolgen am sichersten 1,5 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen ist. Alle Vertragsstaaten müssen regelmäßig alle fünf Jahre nationale Minderungsziele vorlegen (sogenannte Nationally Determined Contributions, NDCs) und diese jeweils ambitionierter gestalten (Progressionsgebot). Auf der internationalen Klimakonferenz in Glasgow im November 2021 (COP26) wurde u. a. ein Arbeitsprogramm beschlossen, das angesichts der bestehenden Ziellücke zur Erwärmungsgrenze von 1,5 Grad Celsius die Vertragsparteien auffordert, bis Ende 2022 Langfriststrategien vorzulegen, die zu netto null Emissionen bis zur Jahrhundertmitte führen, und NDCs im Einklang mit dem 1,5 Grad-Ziel vorzulegen. Die EU reicht als Verhandlungsgremium ein gemeinsames NDC ein und setzt dieses auch gemeinschaftlich um. Deutschland reicht formal kein eigenes NDC ein. Mit Komplettierung des Regelwerks für das Übereinkommen von Paris auf der COP26 können NDCs nun nach einheitlichen Kriterien berichtet und verglichen werden. Dies ist eine wichtige Voraussetzung für die im Jahr 2023 erstmals terminierte globale Bestandsaufnahme der nationalen Klimaziele und ihrer Wirkung für die Ziele des Übereinkommens von Paris (sogenanntes „Global Stocktake“). Zudem können Klimaschutzmaßnahmen auch kooperativ zwischen internationalen Akteuren umgesetzt und ihre Emissionsminderungen verwendet werden, um NDC zu erfüllen. Die Entwicklung der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation (ICAO) und der Internationalen Seeschifffahrtsorganisation (IMO) haben ebenfalls ihren deutlichen Beitrag zu leisten, um die Klimaziele des Übereinkommens von Paris zu erreichen.


Kohle- und Atomausstieg vollenden, erneuerbare Energien massiv ausbauen

58. Der Energiesektor wird auch in Zukunft die größte Emissionsreduktion erbringen müssen. Laut KSG sollen sich die Emissionen bis 2030 von derzeit 220 Millionen Tonnen CO$_2$ auf nur noch 108 Millionen Tonnen CO$_2$ mehr als halbieren (bzw. gegenüber 1990 um 77 Prozent reduzieren). Zentral dafür ist, dass die Energiebereitstellung aus fossilen Energieträgern perspektivisch vollständig auf erneuerbare Energieträger umgestellt wird. Im Jahr 2021 war der Anteil fossiler Energieträger an der Bruttostromerzeugung mit 43,8 Prozent...
leicht höher als der Anteil erneuerbarer Energieträger mit 40,5 Prozent (zum Anteil erneuerbarer Energien am Gesamtprimärenergiebedarf vgl. Kapitel G).


Schaubild 3: Bruttostromerzeugung in Deutschland 2021 in Terawattstunden (TWh)

---

Quelle: AG Energiebilanzen, Stand Dezember 2021.
I. WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK DER BUNDESREGIERUNG

Ausbau der erneuerbaren Energien liegt im öffentlichen Interesse und dient der Versorgungssicherheit. In die Schutzgüterabwägung soll dies daher bis zum Erreichen der Klimaneutralität als vorrangiger Belang eingebracht werden.


64. Um die Akzeptanz für den Ausbau erneuerbarer Energien zu steigern, sollen Kommunen von Windenergieanlagen und größeren Freiflächen-Solaranlagen auf ihrem Gebiet finanziell angemessen profitieren können; zudem soll die Bürgerenergie gestärkt werden. Hierdurch soll auch der deutlich steigende Beitrag der ländlichen Räume zur Energieversorgung Deutschlands angemessen honoriert werden.


Über die aktuellen Netzentwicklungsplanungen hinaus soll ein Klimaneutralitätsnetz berechnet werden, unter anderem um auch auf dieser Grundlage den Bundesbedarfsplan entsprechend fortschreiben zu können.


Die Bundesregierung wird mit Blick auf den zukünftig hohen Anteil erneuerbaren Energien zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit zudem ein neues Strommarktdesign erarbeiten. Hierbei werden bestehende Instrumente evaluiert sowie wettbewerbliche und technologieoffene Kapazitätsmechanismen und Flexibilitäten geprüft.

71. Um die Teilgebiete der Versorgungssicherheit, also sowohl die Aspekte des Strommarkts als auch die Fragen der Netz- und Systemstabilität, in Zukunft integriert zu betrachten, wurde die Aufgabe des Monitorings der Versorgungssicherheit im Jahr 2021 an die BNetzA übertragen. Die Bundesregierung wird das Monitoring der Versorgungssicherheit mit Strom und Wärme weiterentwickeln.

Erneuerbare Wärme nutzen, Gebäude energetisch sanieren und Energie konsequent einsparen


wird die breite und systematische Nutzung von individuellen Sanierungsfahrplänen angestrebt.

Darüber hinaus soll in naher Zukunft die „Bundesförderung für effiziente Wärmenetze“ (BEW) star ten, die eine Schlüsselrolle bei der Ausweitung und Dekarbonisierung von bestehenden Wärmenetzen und dem Bau neuer Wärmenetze spielen wird. Erneuerbare Energien und unvermeidbare Abwärme sind für die treibhausgasneutrale Transformation und den Neubau der Wärmenetze zentral.


Industrie als Innovationstreiber nachhaltig stärken


78. Die deutsche Industrie steht vor einer gewalti gen Investitionsaufgabe. Es gilt, Anreize für effizi ente Investitionen in treibhausgasarme bzw. perspektivisch treibhausgasneutrale Prozesse zu setzen und dabei Fehlinvestitionen (Lock-Ins) zu vermeiden. Für die Betrachtung relevant sind hier sowohl anfängliche Investitionen in neu zu errichtende und/oder umzurüstende Anlagen selbst als auch später anfallende Betriebskosten.


können zugleich einen wichtigen Beitrag zum Markthochlauf von Wasserstofftechnologien in der energieintensiven Industrie leisten (vgl. Tz 86).


81. Damit ambitionierter Klimaschutz innerhalb der EU nicht zur Erhöhung der globalen CO₂-Emissionen führt und um die Wettbewerbsfähigkeit im klimapolitisch bedingten Transformationsprozess zu wahren, setzt sich die Bundesregierung für einen wirksamen Schutz vor einer Verlagerung von CO₂-Emissionen außerhalb der Europäischen Union (sogenanntes Carbon leakage) ein. Sie unterstützt einen europaweit wirksamen CO₂-Grenzverkehrmechanismus oder vergleichbar wirksame Instrumente. Entscheidend ist, dass ein Grenzverkehrmechanismus WTO-konform ausgestaltet ist, dass er die Exportindustrie nicht benachteiligt, dass er Greenwashing verhindert und unbürokratisch innerhalb des bestehenden europäischen Emissionshandelssystems EU-ETS umgesetzt werden kann.

Wasserstoffwirtschaft aufbauen und internationale Spitzenposition erhalten


83. Innovationen und Investitionen in Wasserstoff sind von zentraler strategischer Bedeutung. Mit dem Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft wird nicht nur eine wichtige Grundlage für die Energiewende in Deutschland geschaffen. Hier entwickelte Technologien und Know-how tragen wesentlich dazu bei, die führende Position deutscher Industrie- und Dienstleistungsunternehmen auf dem Gebiet der modernen Energietechnologien zu halten und auszubauen.


Mobilität beschleunigt klimafreundlich gestalten


Dabei werden die unterschiedlichen Mobilitätsstrukturen und -bedarfe in Ballungsräumen und ländlichen Räumen sowie die Sozialverträglichkeit der notwendigen Anpassung und Umstellung berücksichtigt, da Mobilität Teil der Daseinsvorsorge und Voraussetzung für gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land sowie die Wettbewerbsfähigkeit der regionalen Wirtschaftsstandorte ist.


91. Im Straßengüterverkehr wird die Bundesregierung Regelungen auf den Weg bringen, mit denen ab 2023 die LKW-Maut stärker nach CO₂-Ausstoß differenziert und der Güterkraftverkehr ab 3,5 Tonnen in die LKW-Maut einbezogen wird. Zudem soll ein CO₂-Zuschlag eingeführt werden, solange eine Doppelbelastung durch die CO₂-Bepreisung im Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) ausgeschlossen werden kann.

92. Deutschland soll Leitmarkt für Elektromobilität werden. Auf Deutschlands Straßen sollen bis 2030 mindestens 15 Millionen vollektrische PKWs fahren. Der Umweltbonus (Kaufprämie für Fahrzeuge mit alternativen Antrieben) wird bis Ende 2025 gezahlt, die zusätzliche Innovationsprämie (Verdopplung des staatlichen Anteils für die Förderung) gilt noch bis Ende 2022. Ab 2023 will die Bundesregierung nur noch Elektrofahrzeuge fördern, die nachweislich einen positiven Klimaschutzeffekt haben.


96. Durch die zweite Novellierung der Ladesäulenverordnung (LSV) wurde 2021 ein einheitliches Bezahlsystem für das spontane Laden an öffentlich zugänglichen Ladesäulen für Elektrofahrzeuge ein-


Energie bezahlbar halten und soziale Härten vermeiden

98. Die Klimawende soll soziale Ungleichheit nicht verschärfen und muss daher sozial gerecht gestaltet werden. Die CO\textsubscript{2}-Bepreisung ist aufkommensneutral, das heißt der Staat verdient daran nichts. Über Maßnahmen, die alle Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen erreichen, werden die Einnahmen zurückgegeben, z. B. über die Senkung der EEG-Umlage oder Fördermaßnahmen, die Anreize für einen geringen Verbrauch an fossilen Energien setzen. Spezifische Lebenslagen werden etwa über die Anhebung des Wohngelds und der Pendlerpauschale für Fernpendler gezielt adressiert. Die Bundesregierung setzt auf einen steigenden CO\textsubscript{2}-Preis als wichtiges Klimaschutzinstrument, verbunden mit einem starken sozialen Ausgleich, und wird dabei insbesondere finanz- oder einkommensschwache Haushalte unterstützen.


Wirtschaft zur Kreislaufwirtschaft weiterentwickeln, effektiv Klima und Ressourcen schützen


104. Die Transformation hin zu einer zirkulären Wirtschaft ist aber nicht nur eine technische, sondern vor allem auch eine gesellschaftliche und wirtschaftspolitische Herausforderung, national wie international. Denn die Gestaltung ökonomi-

Zukunfts- und Klimainvestitionen beschleunigen, Spielräume erschließen


110. Mit dem Aufbauprogramm „Next Generation EU“ hat die EU insgesamt auf die durch die Corona-Pandemie ausgelöste wirtschaftliche und soziale Krise reagiert. Kernelement ist die Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF) mit einem Volumen in Höhe von 723,8 Milliarden Euro (in laufenden Preisen) zur Unterstützung von Reformen und Investitionen der EU-Mitgliedstaaten. Der Deutsche Aufbau- und Resilienzplan (DARP) umfasst ein Gesamtvolumen von knapp 28 Milliarden Euro für den Zeitraum 2020 bis 2026 und enthält 40 Maßnahmen, die zu 42 Prozent den ökologischen und zu 52 Prozent den digitalen Wandel unterstützen und den
folgenden Schwerpunkten zugeordnet werden: Klimapolitik und Energiewende (11,3 Milliarden Euro), Digitalisierung der Wirtschaft und Infrastruktur (5,9 Milliarden Euro), Digitalisierung der Bildung (1,4 Milliarden Euro), Stärkung der sozialen Teilhabe (1,3 Milliarden Euro), Stärkung eines pandemieresilienten Gesundheitssystems (4,6 Milliarden Euro) sowie Moderne Verwaltung und Abbau von Investitionshemmnissen (3,5 Milliarden Euro). Damit werden auch Teile des Zukunftspakets finanziert. Auch die EU-Strukturfonds spielen eine Schlüsselrolle für den wirtschaftlichen Wiederaufbau sowie den grünen und digitalen Wandel sowie sozioökonomische und soziale Inklusion.


113. Um durch öffentliche flankierung mehr privates Kapital für Transformationsprojekte zu aktivieren, wird die Bundesregierung prüfen, welche Beiträge öffentliche Förderbanken wie die KfW und die Europäische Investitionsbank kapitalmarktnah zur Risikoabsicherung leisten können. Die Finanzierungsmöglichkeiten bestehender staatlicher Gesellschaften sollen auch durch Kreditermächtigungen und Eigenkapitalstärkung verbessert und, wie im Jahresgutachten des Sachverständigenrates gefordert (vgl. JG Tz 221), die parlamentarische, öffentliche und exekutive Kontrolle gestärkt werden. Ferner beabsichtigt die Bundesregierung, ihre Investitionszusagen in einer langfristigen Investitionsplanung darzulegen, um damit die für eine erfolgreiche Transformation der deutschen Wirtschaft notwendige Planungssicherheit zu erhöhen und so
zum Aufbau von Kapazitäten in der Bauwirtschaft und kommunalen Verwaltungen beizutragen. Darüber hinaus beabsichtigt die Bundesregierung, eine Vermögenserfassung des Bundes einzuführen, um eine bessere Investitions- und Instandhaltsungsplanung aufstellen zu können.


Investitionstätigkeit von Ländern und Kommunen unterstützen


117. Im Bereich Soziales übernimmt der Bund auch weiterhin vollständig die Nettoausgaben der Grundversicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem 4. Kapitel des SGB XII und beteiligt sich weiterhin mit bis zu 74 Prozent an den Kosten der Unterkunft und Heizung (KdU) nach dem SGB II. Zudem trägt der Bund seit dem Jahr 2021 einen höheren Anteil (50 statt 40 Prozent) bei den Erstattungen der Aufwendungen für die Zusatz-

118. Zudem sollen die kommunalen Förderprogramme insgesamt entbürokratisiert und, wo möglich, sinnvoll gebündelt und mit praxistauglichen Fristen versehen werden sowie ein einfacher Zugang für Länder und Kommunen zu den Inhouse-Beratungskapazitäten der öffentlichen Hand ermöglicht werden.


Regionale Strukturpolitik neu ausrichten, vorzeitigen Kohleausstieg flankieren


123. Die Bundesregierung tritt für gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen ein. Sie wird dazu das Gesamtdeutsche Fördersystem für strukturschwache Regionen weiterentwickeln und die


Nachhaltige Investitionen stemmen und Finanzierung sicherstellen


I. WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK DER BUNDESREGIERUNG


Mit Blick auf den von der Europäischen Kommission eingereichten Legislativvorschlag zur Überarbeitung der nachhaltigkeitsbezogenen Unternehmensberichterstattung („Corporate Sustainability Reporting Directive“, CSRD) wird sich die Bundesregierung insbesondere für die Kohärenz zu anderen EU-Rechtsakten einsetzen.

Bei dem Legislativvorschlag für einen EU Green Bond Standard setzt sich die Bundesregierung weiterhin für eine ambitionierte und glaubwürdige sowie zugleich praktikable Regelung ein (vgl. JWB 2021, Tz 251). Eine Einstufung von Kernkraft als nachhaltig lehnt die Bundesregierung ab.


D. Ordnungsrahmen für nachhaltige Transformation weiterentwickeln

129. Der bevorstehende Wandel der deutschen Wirtschaft muss in erster Linie durch private Investitionen getragen werden. Angesichts der ambitionierten klimapolitischen Ziele und des rapiden technologischen Wandels müssen die Rahmenbedingungen für private Investitionen gezielt verbessert und im Hinblick auf die Erfordernisse von Digitalisierung und Nachhaltigkeit weiterentwickelt werden.

Prozesse und Verfahren erheblich vereinfachen und beschleunigen

130. Um Deutschland zügig zu modernisieren, sind schnelle Verwaltungs-, Planungs- und Genehmigungsverfahren eine zentrale Voraussetzung. Dazu wird die Bundesregierung eine ressortübergreifende Steuerungsgruppe unter Einbeziehung der Länder einrichten. Es sind unter anderem Verbesserungen in folgenden Bereichen vorgesehen:

— **Vereinfachung und Verbesserung von Verwaltungsverfahren:** Alle Möglichkeiten der behördlichen Verfahrensbeschleunigung werden geprüft und alle notwendigen Verwaltungsverfahren so vereinfacht und verbessert, dass gerichtliche Auseinandersetzungen möglichst vermieden werden. Digitalisierungshemmnisse werden künftig abgebaut. Um Verwaltungsverfahren zu beschleunigen, setzt die Bundesregierung zudem auf eine frühestmögliche und intensive Öffentlichkeitsbeteiligung sowie auf Digitalisierung.


— **Beschleunigung von Verwaltungsgerichtsverfahren:** Verwaltungsgerichtsverfahren sollen durch einen „frühen ersten Termin“ sowie durch ein effizienteres einstweiliges Rechtsschutzverfahren, in dem Fehlerheilungen maßgeblich berücksichtigt werden und auf die Reversibilität von Maßnahmen abgestellt wird, beschleunigt werden.

**Bürokratieabbau als Querschnittsaufgabe anpacken**

131. Die umfangreiche und mitunter kleinteilige Regulierung in vielen Bereichen stellt trotz zahlreicher Maßnahmen, um den Umfang an bürokratischen Lasten zu begrenzen und zurückzuführen, weiterhin ein Hemmnis für eine dynamische wirtschaftliche Entwicklung dar. Gerade die anstehen-
den großen transformativen Prozesse erfordern jedoch flexible und möglichst unbürokratische Regelungen.

132. Die bisherigen Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Rechtsetzung sind ambivalent: Einerseits wurden zahlreiche bürokratische Hürden zumindest temporär abgebaut. Dies eröffnet die Chance, bewährte Vereinfachungen dauerhaft zu erhalten. Andererseits wurden im Rahmen der Corona-Pandemie neue Gesetze erlassen, die insbesondere für die Wirtschaft vorübergehend neuen Aufwand verursachten.


Steuerliche Investitionsanreize setzen, Steuervermeidung bekämpfen

134. Wachstumsfreundliche, international wettbewerbsfähige und faire steuerliche Rahmenbedingungen leisten einen wesentlichen Beitrag für die wirtschaftliche Entwicklung: Sie tragen dazu bei, die Konjunktur zu stabilisieren, Investitionen und Produktivität zu erhöhen sowie den notwendigen Transformationsprozess hin zu einer digitalen, klimaneutralen und nachhaltigen Wirtschaft zu unterstützen. Daneben bleiben die fortlaufenden Aufgaben im Bereich der Steuervereinfachung und der Modernisierung des Steuervollzugs, der Kampf gegen Steuervermeidung sowie die Stärkung der Steuergerechtigkeit im nationalen und internationalen Rahmen steuerpolitische Handlungsschwerpunkte.

I. WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK DER BUNDESGEREGIERUNG


140. Die Digitalisierung stellt die bestehende Steuerrechtsordnung in einer globalisierten Wirtschaft vor große Herausforderungen. Diese Herausforderungen lassen sich langfristig am besten durch ein international abgestimmtes und einheitliches Vorgehen aller Staaten bewältigen, das auch der Sachverständigenrat favorisiert (vgl. JG Tz 446 in Verbindung mit dem anschließenden Kasten 26). Die Bundesregierung wird sich daher weiter aktiv für die Einführung der globalen Mindestbesteuerung einsetzen.

Wettbewerbsrecht weiter modernisieren


144. Auch auf europäischer Ebene wird sich die Bundesregierung weiterhin engagiert für eine Weiterentwicklung der Wettbewerbspolitik und einen ambitionierten Digital Markets Act (DMA) einsetzen. Zentrale Anliegen sind dabei unter anderem die effektive Durchsetzung des DMA, ergänzend auch durch die nationalen Wettbewerbsbehörden, sowie Lösungen für Wettbewerbsprobleme, die durch strategische Aufkäufe potenzieller Wettbewerber (sogenannte killer acquisitions) entstehen. Die Bundesregierung nutzt das europäische Wettbewerbsrecht und die Stärke des europäischen Binnenmarktes gerade mit Blick auf unsaile Wettbewerbspraktiken autoritärer Regime. Ferner unterstützt die Bundesregierung die Schaffung und Weiterentwicklung der autonom handelpolitischen Instrumente gegen unsaile Handelspraktiken auf europäischer Ebene.

145. Auch der Sachverständigenrat befasst sich in seinem Jahresgutachten ausführlich mit dem Phänomen der „killer acquisitions“ und deren Auswirkungen (vgl. JG Tz 460 ff.). Dabei hebt der Rat unter anderem hervor, dass nach Auf fassung vieler Wettbewerbsökonominnen und

Öffentliche Beschaffung digitaler und nachhaltiger gestalten


Der öffentliche Einkauf wird sich künftig noch stärker an sozialen Standards orientieren. Dazu wird die Bundesregierung Vorgaben zur verpflichtenden Einhaltung von repräsentativen Tarifverträgen bei Auftragsvergaben des Bundes erarbeiten.

Durch das neu geschaffene Wettbewerbsregister beim Bundeskartellamt können sich öffentliche Auftraggeber schnell und einfach informieren, ob bei einem Bieter zu relevanten Rechtsverstößen (etwa Steuerhinterziehung oder Korruption) gekommen ist, um auf dieser Basis einen Ausschluss des Unternehmens vom Vergabeverfahren zu entscheiden. Ab Juni 2022 wird die Abfrage des Wettbewerbsregisters verpflichtend. Damit entfällt auch die Konsultation der vereinzelt bestehenden Landeskorruptionsregister mit unterschiedlichen Eintragungsvoraussetzungen.
I. WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK DER BUNDESREGIERUNG

Strukturelle Schäden durch die Krise vermeiden


152. Der Sachverständigenrat betont zu Recht die Bedeutung, die das Insolvenz- und Restrukturierungsrecht für die Herausforderungen des anstehenden Strukturwandels hat (vgl. JG Tz 420). Das deutsche Restrukturierungs- und Insolvenzrecht ist für diese Herausforderungen gut aufgestellt. Insbesondere ermöglicht und erleichtert der mit dem Gesetz zur Fortentwicklung des

![Schaubild 7: Unternehmensinsolvenzen pro Jahr](#)


Solidarische und soziale Ökonomie als Treiber der Transformation stärken


Zukunftsthemen grenzüberschreitend angehen, Resilienz stärken


### Kasten 3: Deutsche G7-Präsidentschaft 2022


Fortschritt für eine gerechte Welt – dieses Ziel wird die Arbeiten der deutschen G7-Präsidentschaft leiten. Die Agenda wird sich hierfür an den folgenden Handlungsfeldern ausrichten und konkrete Fortschritte verfolgen für:

— wirtschaftliche Stabilität und Transformation: Weichenstellungen für die wirtschaftliche Erholung, finanzielle Stabilität sowie für ein nachhaltiges, soziales und gerechtes globales Wirtschaftssystem.


159. Eine offene Marktwirtschaft in Kombination mit einem werte- und regelbasierten Handelsystem kann durch die Diversifizierung von Lieferketten maßgeblich zu volkswirtschaftlicher Resilienz in Deutschland und Europa beitragen. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig ein voll funktionsfähiger europäischer Binnenmarkt ist. Die Bundesregierung hat sich daher dafür eingesetzt, den Binnenmarkt soweit wie möglich offen zu halten, und wird sich auch weiterhin für die Stärkung seiner Resilienz einsetzen. Die Bundesregierung begrüßt daher die Initiative der EU-Kommission, den freien Waren- und Dienstleistungsverkehr für den Fall möglicher künftiger Krisen zu sichern und unter Berücksichtigung vorhandener Instrumente einen Vorschlag für ein Binnenmarkt-Notfallinstrument (SMEI) vorzulegen. Ein zukunftsfähiger Binnenmarkt ist zentral für die wirtschaftliche Erholung Deutschlands und der EU.

I. WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK DER BUNDESREGIERUNG


E. Digitale Transformation: Innovationen ermöglichen, Produktivität steigern


Digitale Infrastruktur erneuern


**Den Staat als (digitalen) Dienstleister stärken**


I. WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK DER BUNDESREGIERUNG

61

hinweist (vgl. JG Tz 431). Deshalb arbeitet die Bundesregierung prioritär an der Umsetzung und Weiterentwicklung des OZG. Neben der Schaffung digitaler Zugänge selbst gilt es hierbei vor allem nutzerorientierte Wege zu gehen, etwa durch Automation und vorausgefüllte Formulare. Hinsichtlich der flächendeckenden Umsetzung in Ländern und Kommunen setzt die Bundesregierung auf eine Standardisierung und Vereinheitlichung von IT-Verfahren (Einer-für-alle-Prinzip). Dazu wurden mit dem Konjunkturprogramm auch drei Milliarden Euro für die beschleunigte Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) sowie weitere 300 Millionen Euro für die Registermodernisierung bereitgestellt (Ziffer 40 und 41).

170. Das Konjunkturprogramm ermöglicht mit diesen zusätzlichen Finanzmitteln für das OZG einen neuen Handlungsrahmen, um schneller ein flächendeckendes digitales Verwaltungsangebot in Deutschland zu schaffen, Länder und Kommunen gezielt zu entlasten und konjunkturelle Anreize zu setzen. Dazu gehört auch die Förderung von innovativen Projekten und zukunftsorientierten Technologien.


Schaubild 8: Entwicklung des e-Government (Indexwert von 0 bis 100)

Quelle: Europäische Kommission, Digital Scoreboard.
ausgebaut. Es entsteht eine intelligente Verlinkung der nationalen Portale mit dem europäischen Zugangstor. Die zeitgleiche Umsetzung des OZG unterstützt die Behörden bei der Erfüllung der europäischen Vorgaben.

172. Digitalisierungshemmnisse (Schriftform u.a.) werden künftig mittels Generalklausel abgebaut und Begriffe (z.B. „Einkommen“) vereinheitlicht. Die Bundesregierung plant zudem rechtliche Hemmnisse für eine stärkere Nutzung digitaler Optionen durch Unternehmen zu reduzieren: Neben einer dauerhaften Regelung für virtuelle Hauptversammlungen sollen die Möglichkeiten zur Beurkundung und Beglaubigung per Videokommunikation im Gesellschaftsrecht erweitert werden.


175. Die Bundesregierung teilt die Position des Sachverständigenrates, wonach von der öffentlichen Verwaltung nicht zuletzt auch positive Impulse für die Digitalisierung durch verstärkte Bereitstellung von Daten ausgehen sollten (vgl. JG Tz 479). In diesem Zusammenhang stellt sie eine konsequente Umsetzung der hierzu verabschiedeten Open-Data-Strategie sowie die Schaffung von Befugnisnormen im Rahmen der DSGVO-Öffnungsklauseln zur datenschutzkonformen Sekundärnutzung personenbezogener Daten im Gesundheitsbereich in Aussicht.

Datenökonomie zur Entfaltung bringen


gungen für den Zugang zu Daten, insbesondere für KMU und Start-ups, werden geprüft.

178. Für die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit ist die Vollendung eines Europäischen Binnenmarkts für Daten von zentraler Bedeutung. Sowohl bei den laufenden EU-Gesetzgebungsprozessen zum Data Governance Act (DGA), zum Digital Markets Act (DMA), zum Digital Service Act (DSA) und dem Artificial Intelligence-Act (AI-Act) als auch beim für das erste Quartal 2022 angekündigten Data Act (DA) sowie den geplanten bereichsspezifischen Rechtsakten zu Datenräumen, wie z. B. dem European Health Data Space Act (EHDS), zeichnet sich ab, dass große Schritte hin zu einer europäischen Datenwirtschaft getätigt werden können.


Kasten 4: „go-digital“

I. WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK DER BUNDESREGIERUNG


182. Der Sachverständigenrat unterstreicht die Bedeutung von Cloud Edge Computing als technologische Basis für datenbasierte Geschäftsmodelle. Die Dominanz weniger außereuropäischer Anbieter schade durch Lock-in-Effekte dem Wettbewerb und der Durchsetzung europäischer Standards im Bereich der Datenverarbeitung (vgl. JG Tz 470 f.). In diesem Zusammenhang weist die Bundesregierung darauf hin, dass angesichts des nun unter Beteiligung von zwölf Mitgliedstaaten der EU gestarteten IPCEI Next Generation Cloud Infrastructure and Services eine völlig neue europäische digitale Infrastruk-

tur entsteht, die eine Skalierung von digitalen Anwendungen im industriellen Maßstab ermöglicht. Ferner belegt das auch vom Sachverständigenrat genannte Projekt Catena X, dass nicht nur eine wachsende Nachfrage der Unternehmen besteht, sondern auch die Implementierung große Fortschritte macht.


**Innovationspolitik und Technologietransfer stärken**


189. Die Bundesregierung verfolgt insbesondere das Ziel, die anwendungsorientierte Forschung sowie den Wissens- und Technologietransfer im Rahmen regionaler sowie überregionaler Innovationsökosysteme zu stärken und ist offen für die Etablierung eines German Tech Transfer Fund. Für einen spürbaren Innovationsschub gilt es, die Aus gründungskultur in Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen in der Breite zu stärken. Die Bundesregierung wird eine Deutsch-
sche Agentur für Transfer und Innovation (DATI) entwickeln, um soziale und technologische Innovationen insbesondere an den Hochschulen für angewandte Wissenschaft (HAW) und kleinen und mittleren Universitäten in Zusammenarbeit u. a. mit Start-ups, KMU sowie sozialen und öffentlichen Organisationen zu fördern.


**Schlüsseltechnologien beherrschen und anwenden**


Digitale Souveränität umfasst den Anspruch und die Fähigkeit zur kooperativen (Mit-)Gestaltung von Schlüsseltechnologien und technologiebasier-
ten Innovationen. Dies ist nicht durch protektionistische Maßnahmen zu erreichen, sondern nur durch die Förderung von Forschung und Innovation im Bereich der Schlüsseltechnologien, die die nächsten Dekaden prägen werden, durch Verantwortungs- bewusstsein, Zusammenarbeit und eine den Wettbewerb stimulierende und selbstbestimmte Nutzung und Gestaltung technologischer Optionen.


Im Rahmenprogramm für Forschung und Innovation legt die Bundesregierung zudem einen Fokus auf vertrauenswürdige und nachhaltige Mikroelektronik. Hierbei liegt der Schwerpunkt u. a. auf Energieeffizienz im Sinne Grüner Informations- und Kommunikationstechnologien, Spezialprozessoren für KI und Edge-Computing oder weiteren Entwicklungen in der Sensorik oder in der Leistungselektronik für eine effiziente Energienutzung.

Neue Gründungsdynamik verstärken


200. Um gezielt den Zugang zu Wagniskapital in der besonders kapitalintensiven Wachstumsphase weiter zu verbessern, stellt die Bundesregierung bereits 10 Milliarden Euro für einen Beteiligungsfonds für Zukunftstechnologien („Zukunftsfonds“) bei der KfW zur Verfügung (s. Kasten 5). Ziel ist es, mit dem Zukunftsfonds das Wagniskapital-Ökosystem in Deutschland und Europa zu stärken, insbesondere um mehr großvolumige Wachstums-

---

**Kasten 5: Zukunftsfonds – Beteiligungsfonds für Zukunftstechnologien**


F. Arbeitswelt transformieren, soziale Teilhabe ermöglichen


Strukturwandel am Arbeitsmarkt flankieren


204. Wie auch der Sachverständigenrat darlegt, ist es durch umfangreiche wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gelungen, Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Beschäftigung und Einkommen abzufedern (vgl. Schaubild 9 und JG 269 ff.). Dieser Erfolg trägt auch dazu bei, die Stabilität der Einkommensverteilung zu erhalten (vgl. Tz 266). Angesichts des zuletzt wieder deutlich dynamischeren Infektionsgeschehens und der damit verbundenen Einschränkun-

**Schulische Bildung verbessern, Qualifizierung verstärken**

205. Bildung und Qualifizierung beginnen im frühkindlichen Alter und erstrecken sich auf das gesamte Erwerbsleben. Die Bundesregierung teilt die Einschätzung des Sachverständigenrats, dass die Corona-Pandemie Bildungsungleichheiten verstärkt (vgl. JG 249). Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, hat die Bundesregierung das

Aus- und Weiterbildung fördern


212. Unternehmen im Strukturwandel sollen mit einem an das Kurzarbeitergeld angelehnten Qualifizierungsgeld unterstützt werden, damit sie ihre


Internationale Arbeits- und Fachkräftepotenziale erschließen


**Bedingungen am Arbeitsmarkt verbessern**


Sozialstaat modern und generationengerecht aufstellen


---

Schaubild 11: Jahresdurchschnittliche Beitragssätze zur Sozialversicherung in Prozent des beitragspflichtigen Bruttoarbeitsentgelts

<table>
<thead>
<tr>
<th>Jahr</th>
<th>Gesetzliche Rentenversicherung</th>
<th>Gesetzliche Krankenversicherung*</th>
<th>Arbeitslosenversicherung</th>
<th>Soziale Pflegeversicherung**</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>1970</td>
<td>17,0</td>
<td>18,0</td>
<td>19,0</td>
<td>20,0</td>
</tr>
<tr>
<td>1980</td>
<td>16,6</td>
<td>18,6</td>
<td>19,6</td>
<td>20,6</td>
</tr>
<tr>
<td>1990</td>
<td>16,2</td>
<td>18,2</td>
<td>19,2</td>
<td>20,2</td>
</tr>
<tr>
<td>2000</td>
<td>15,8</td>
<td>17,8</td>
<td>18,8</td>
<td>19,8</td>
</tr>
<tr>
<td>2010</td>
<td>15,4</td>
<td>17,4</td>
<td>18,4</td>
<td>19,4</td>
</tr>
<tr>
<td>2020</td>
<td>15,0</td>
<td>17,0</td>
<td>18,0</td>
<td>19,0</td>
</tr>
</tbody>
</table>

* inkl. mitgliederbezogenem Zusatzbeitrag (seit 2019 wird auch der Zusatzbeitrag paritätisch finanziert)
** ohne den zum 01.01.2005 eingeführten Beitragszuschlag für Kinderlose, der 2022 von 0,25 auf 0,35 v. H. erhöht wird

Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz.


228. Die Bundesagentur für Arbeit sieht sich nicht nur der Bewältigung der Corona-Pandemie gegenüber, sondern auch den Herausforderungen aufgrund des Strukturwandels und der sich abzeichnenden Fachkräfteengpässe. Vor diesem Hintergrund ist es notwendig, dass die Bundesagentur für Arbeit von den Aufwendungen für die Corona-Pandemie entschuldet wird und für die Zukunft eine solide Finanzierungsgrundlage erhält.


231. Die Bundesregierung beabsichtigt, die Grundversicherung für Arbeitsuchende in der 20. Legislaturperiode durch ein Bürgergeld zu ersetzen. Es ist u. a. vorgesehen, dass in den ersten beiden Jahren des Bezugs die Vermögensprüfung ausgesetzt und die tatsächlichen Aufwendungen für Unterkunft und Heizung als angemessen berücksichtigt werden. Zudem ist vorgesehen, die Mitwirkungspflichten neu zu ordnen und den Vermittlungsvorrang abzuschaffen. Die Eingliederungsvereinbarung soll durch eine Teilhabevereinbarung ersetzt, das Teilhabechancengesetz entfriert und der Anreiz zur Qualifizierung gestärkt werden. Zusätzlich will die Bundesregierung eine Reform auf den Weg bringen, die Bürgergeld, Wohngeld und weitere steuerfinan-
Bezahlbare Wohnraum gewährleisten


I. WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK DER BUNDESREGIERUNG


G. Sonderkapitel: Nachhaltiges und inklusives Wachstum – Dimensionen der Wohlfahrt messbar machen

Vorbemerkungen


240. Entsprechend beabsichtigt die Bundesregierung, im Jahreswirtschaftsbericht sowohl die Transformation hin zu einer nachhaltigen und treibhausgasneutralen Wirtschaft als auch die damit verbundene Entwicklung der gesamtgesellschaftlichen Wohlfahrt durch quantitative Indikatoren zu messen und zu beschreiben.

des Jahreswirtschaftsberichts aufgeführten Wohlfahrts- und Nachhaltigkeitsaspekte und veranschaulichen die Entwicklung in einzelnen, wichtigen Bereichen.

242. Es geht darum aufzuzeigen, auf welche Weise die Wertschöpfung in Deutschland entsteht und welche Ressourcen dabei beansprucht werden. Dies schließt z.B. die Frage ein, in welchem Umfang die Wirtschaftsleistung klimaneutral erfolgt oder inwiefern dabei eine Gleichstellung der Geschlechter erreicht wird. Schließlich sollen die Indikatoren einen Überblick darüber ermöglichen, inwieweit das technologische Wissen, das Humankapital, der Kapitalstock, die Staatsfinanzen sowie das Naturkapital sich entwickeln und auch für künftige Generationen zur Verfügung stehen.


Insofern versteht die Bundesregierung das nun erstmalig aufgeführte Indikatorenset zum Jahreswirtschaftsbericht 2022 als Ausgangspunkt eines Prozesses, in dem die Messung von Wohlfahrt sowie die Bereitstellung und Aktualität der zugrundeliegenden Daten, die Methodik, Auswahl und Systematisierung der Indikatoren kontinuierlich überprüft und verbessert werden sollen. Im Rahmen dieses Prozesses soll im nächsten Bericht eine Indikatorik zur Steuer- und Abgabenquote und weiteren relevanten Faktoren wie unter anderem die Biodiversität eingeführt werden. Indikatoren, die auch Bestandteil der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (DNS) sind, werden grafisch mit gekennzeichnet. Dabei ist zu beachten, dass diese sich an den Zielen der DNS ausrichten und entsprechend eingeordnet werden müssen (vgl. Erläuterungen zu den Indikatoren).

I Wachstum, Einkommen und Beschäftigung

**Erläuterungen:** Summe der von allen Inländern erwirtschafteten Bruttowertschöpfung zuzüglich aller Gütersteuern (abzüglich Gütersubventionen), zuzüglich Nettoeinnahmen aus Primäreinkommen im Ausland (Arbeitnehmerentgelte und Einnahmen aus Grundbesitz).
I. WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK DER BUNDESREGIERUNG

Erwerbstätigenquote

in Prozent


Männer

80 90

Frauen

70 80

Insgesamt

60 70

Altere

50 60

Quelle: Statistisches Bundesamt auf Basis von EU-LFS.


Frauen in Führungspositionen

Anteile Frauen, in Prozent


Öffentlicher Dienst (Bund)

10,4 11,3 11,5 11,7 11,9 12,1 12,3 12,5

Unternehmen – Vorstand

10,4 11,3 11,5 11,7 11,9 12,1 12,3 12,5

Unternehmen – Aufsichtsrat

25,0 27,5 28,1 30,9 33,9 35,2 35,9 35,6

Quelle: Statistisches Bundesamt, Frauen in die Aufsichtsräte e. V.


Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern

in Prozent der Verdienste der Männer


22 22 23 22 22 22 21 20 20 19 18

Quelle: Statistisches Bundesamt.

**I. WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK DER BUNDESREGIERUNG**

---

**Erläuterungen:** Bruttoanlageinvestitionen bezeichnen den Wert jener Anlagen, welche von inländischen Wirtschaftseinheiten erworben werden, um sie länger als ein Jahr im Produktionsprozess einzusetzen. Sie setzen sich zusammen aus Ausrüstungen, Bauten und sonstigen Anlagen.

**Erläuterungen:** Quotient aus der Zahl der Unternehmensgründungen im Berichtszeitraum und der Zahl der im Berichtszeitraum aktiven Unternehmen.

**Erläuterungen:** Treibhausgasemissionen (Gesamtmissionen gemäß UNFCCC) in Tonnen CO₂-Äquivalente pro BIP-Einheit. Zielwerte der Bundesregierung: siehe Text.

---

**Quelle:** Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen.

**Quelle:** Eurostat.

**Quelle:** European Environment Agency.
Kurzarbeit auch während der Krise auf einem hohen Niveau (vgl. Kapitel F).


Eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern am wirtschaftlichen Leben erfordert auch eine entsprechende faire Lohnstruktur und eine angemessene Repräsentanz in Führungspositionen (vgl. Kapitel F). Erfreulich ist, dass sich der Anteil der Frauen in Aufsichtsräten und Vorständen der börsennotierten und voll mitbestimmungspflichtigen Unternehmen in den letzten Jahren steig und deutlich erhöht hat; in den Aufsichtsräten...


II Umwelt- und Klimaschutz

Anteil erneuerbarer Energien am Brutto-Endenergieverbrauch

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>%</td>
<td>11,4</td>
<td>12,5</td>
<td>13,6</td>
<td>13,6</td>
<td>14,3</td>
<td>15,2</td>
<td>14,9</td>
<td>16,0</td>
<td>16,8</td>
<td>17,7</td>
<td>19,6</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Quelle: Arbeitsgruppe Erneuerbare Energien-Statistik, Länderarbeitskreis Energiebilanzen, BMWK.

Endenergieproduktivität

Index, 2008 = 100

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>%</td>
<td>96,7</td>
<td>101,2</td>
<td>102,8</td>
<td>110,3</td>
<td>110,0</td>
<td>110,8</td>
<td>111,2</td>
<td>116,3</td>
<td>116,9</td>
<td>120</td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

Quelle: Statistisches Bundesamt, Länderarbeitskreis Energiebilanzen.


Gesamtrohstoffproduktivität

Index, 2000 = 100

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>%</td>
<td>117</td>
<td>115</td>
<td>119</td>
<td>119</td>
<td>119</td>
<td>123</td>
<td>122</td>
<td>127</td>
<td>126</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Quelle: Statistisches Bundesamt.


* Vorläufiger Wert.

Erläuterungen: Wert aller an die letzte Verwendung (inländischer Konsum und inländische Investitionen sowie Exporte) abgegebenen Güter in Relation zur Masse der für ihre Produktion im In- und Ausland eingesetzten Rohstoffe.
### Emissionen von Luftschadstoffen

**Index, 2005 = 100**

Quelle: Umweltbundesamt.

**Erläuterungen:** Ungewichteter, arithmetischer Mittelwert der Indizes der nationalen Emissionen der fünf Luftschadstoffe Schwefeldioxid (SO₂), Stickstoffoxid (NOₓ), Ammoniak (NH₃), flüchtige organische Verbindungen (NMVOC) und Feinstaub (PM₂,₅). Ziel der Bundesregierung ist, die Emissionen von Luftschadstoffen bis zum Jahr 2030 um 45 Prozent gegenüber dem Jahr 2005 zu senken.

### Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche

<table>
<thead>
<tr>
<th>Jahr</th>
<th>Anstieg in Hektar pro Tag</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>2010</td>
<td>86,6</td>
</tr>
<tr>
<td>2011</td>
<td>80,9</td>
</tr>
<tr>
<td>2012</td>
<td>74,4</td>
</tr>
<tr>
<td>2013</td>
<td>72,6</td>
</tr>
<tr>
<td>2014</td>
<td>69,2</td>
</tr>
<tr>
<td>2015</td>
<td>66,1</td>
</tr>
<tr>
<td>2016</td>
<td>61,5</td>
</tr>
<tr>
<td>2017</td>
<td>57,7</td>
</tr>
<tr>
<td>2018</td>
<td>56,4</td>
</tr>
<tr>
<td>2019</td>
<td>52,0</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Quelle: Statistisches Bundesamt.

**Erläuterungen:** Durchschnittlicher täglicher Anstieg (gleitender Vierjahresdurchschnitt) der Siedlungs- und Verkehrsfläche. Zielwerte der Bundesregierung: siehe Text.

### Nitratminderung im Grundwasser

<table>
<thead>
<tr>
<th>Jahr</th>
<th>Anteil der Messstellen, an denen der Grenzwert eingehalten wird, in Prozent</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>2010</td>
<td>81,7</td>
</tr>
<tr>
<td>2011</td>
<td>82,0</td>
</tr>
<tr>
<td>2012</td>
<td>81,0</td>
</tr>
<tr>
<td>2013</td>
<td>81,4</td>
</tr>
<tr>
<td>2014</td>
<td>81,8</td>
</tr>
<tr>
<td>2015</td>
<td>81,0</td>
</tr>
<tr>
<td>2016</td>
<td>81,8</td>
</tr>
<tr>
<td>2017</td>
<td>81,1</td>
</tr>
<tr>
<td>2018</td>
<td>82,7</td>
</tr>
<tr>
<td>2019</td>
<td>84,2</td>
</tr>
<tr>
<td>2020</td>
<td>84,1</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Quelle: Umweltbundesamt und Länderinitiative Kernindikatoren auf Basis von Daten der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Wasser.

**Erläuterungen:** Anteil der Messstellen, an denen der Grenzwert von 50 Milligramm Nitrat pro Liter im Grundwasser im Jahresmittel eingehalten wird. Zielwerte der Bundesregierung: siehe Text.


nicht in Reichweite; zu einer Flächenkreislaufwirtschaft (d.h. Nettonull-Flächenverbrauch) im Jahr 2050 ist es also noch ein langer Weg.


III Bildung, Forschung und Innovation

30- bis 34-jährige akademisch Qualifizierte oder beruflich Höherqualifizierte

Anteil an allen 30- bis 34-Jährigen, in Prozent

<table>
<thead>
<tr>
<th>Jahr</th>
<th>Anteil in Prozent</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>2010</td>
<td>41,3</td>
</tr>
<tr>
<td>2011</td>
<td>42,3</td>
</tr>
<tr>
<td>2012</td>
<td>43,4</td>
</tr>
<tr>
<td>2013</td>
<td>44,5</td>
</tr>
<tr>
<td>2014</td>
<td>45,7</td>
</tr>
<tr>
<td>2015</td>
<td>46,8</td>
</tr>
<tr>
<td>2016</td>
<td>47,9</td>
</tr>
<tr>
<td>2017</td>
<td>48,8</td>
</tr>
<tr>
<td>2018</td>
<td>49,8</td>
</tr>
<tr>
<td>2019</td>
<td>50,5</td>
</tr>
<tr>
<td>2020</td>
<td>52,3</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus.

Erläuterungen: Anteil der 30- bis 34-Jährigen, die über einen Abschluss des Tertiärbereichs (Stufen 5 bis 8 der Internationalen Standardklassifikation des Bildungswesens, ISCED) oder einen postsekundären, nicht-tertiären Abschluss (Stufe 4 der ISCED) verfügen. Ziel der Bundesregierung ist, dass bis 2030 55 Prozent der 30- bis 34-Jährigen über einen tertiären Abschluss verfügen.

* Die Ergebnisse des Mikrozensus 2020 sind nur eingeschränkt mit Vorjahreswerten vergleichbar (Zeitreihenbruch; siehe Erläuterungen zur Erwerbstätigenquote in Bereich I).

Frühe Schulabgängerinnen und Schulabgänger

Anteil an allen 18- bis 24-Jährigen, in Prozent

<table>
<thead>
<tr>
<th>Jahr</th>
<th>Anteil in Prozent</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>2010</td>
<td>11,9</td>
</tr>
<tr>
<td>2011</td>
<td>11,6</td>
</tr>
<tr>
<td>2012</td>
<td>10,4</td>
</tr>
<tr>
<td>2013</td>
<td>9,8</td>
</tr>
<tr>
<td>2014</td>
<td>9,5</td>
</tr>
<tr>
<td>2015</td>
<td>10,3</td>
</tr>
<tr>
<td>2016</td>
<td>10,1</td>
</tr>
<tr>
<td>2017</td>
<td>10,3</td>
</tr>
<tr>
<td>2018</td>
<td>10,1</td>
</tr>
<tr>
<td>2019</td>
<td>10,3</td>
</tr>
<tr>
<td>2020</td>
<td>10,1</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus.

Erläuterungen: Anteil derjenigen 18- bis 24-Jährigen an allen Personen derselben Altersgruppe, die höchstens über einen Haupt- oder Realschulabschluss ( Sekundarstufe I bzw. Stufe 2 der ISCED) und weder über eine abgeschlossene Berufsausbildung verfügen noch derzeit an Aus- und Weiterbildungsmassnahmen teilnehmen. Ziel der Bundesregierung ist, bis 2030 diesen Anteil auf 9,5 Prozent zu senken.

* Die Ergebnisse des Mikrozensus 2020 sind nur eingeschränkt mit Vorjahreswerten vergleichbar (Zeitreihenbruch; siehe Erläuterungen zur Erwerbstätigenquote in Bereich I).

Ausgaben für Bildungseinrichtungen in öffentlicher und privater Trägerschaft

in Prozent des BIP

<table>
<thead>
<tr>
<th>Jahr</th>
<th>Anteil in Prozent</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>2010</td>
<td>5,4</td>
</tr>
<tr>
<td>2011</td>
<td>5,2</td>
</tr>
<tr>
<td>2012</td>
<td>5,2</td>
</tr>
<tr>
<td>2013</td>
<td>5,2</td>
</tr>
<tr>
<td>2014</td>
<td>5,2</td>
</tr>
<tr>
<td>2015</td>
<td>5,2</td>
</tr>
<tr>
<td>2016</td>
<td>5,3</td>
</tr>
<tr>
<td>2017</td>
<td>5,4</td>
</tr>
<tr>
<td>2018</td>
<td>5,4</td>
</tr>
<tr>
<td>2019</td>
<td>5,4</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Erläuterungen: Die Ausgaben beziehen sich auf Krippen und Kindergärten, Schulen (ohne Horte), die Berufsbildung und Hochschulen (ohne Volkshochschulen); Definition lt. Bildungsfinanzbericht 2020 (Statistisches Bundesamt im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, BMBF).

* Vorläufiger Wert.


* Wert für 2019 mit 2018 aufgrund einer Definitionsänderung im Unternehmensregister nur eingeschränkt vergleichbar (Zeitreihenbruch).

**Erläuterungen:** Anteil der deutschen Ausfuhren FuE-intensiver Güter an den globalen Ausfuhren FuE-intensiver Güter.


259. Demgegenüber stehen jene jungen Personen, die weder über eine Hochschulzugangsberechtigung wie Abitur oder die Fachhochschulreife ( Sekundarbereich II) noch über eine abgeschlossene Berufsausbildung verfügen und auch nicht...


263. Ein weiterer wichtiger Innovationsindikator ist die Entwicklung des Anteils deutscher Exporte forschungsintensiver Waren am Welthandel. Dieser lag im Jahr 2020 bei 10,8 Prozent, was im internationalen Vergleich dem zweiten Platz hinter China
(17,6 Prozent) und einer Verdrängung der USA auf Platz 3 entspricht. Allerdings ist seit dem Jahr 2017 dennoch ein Rückgang des deutschen Exportanteils zu verzeichnen.

IV Soziales, Demografie und Integration

**Gini-Koeffizient des Einkommens nach Sozialtransfers**


**Erläuterungen:**

- Vergleich des höchsten allgemeinbildenden Schulabschlusses der Eltern mit dem ihrer Kinder.

**Erläuterungen:**


**Erläuterungen:**

- Vergleich des höchsten allgemeinbildenden Schulabschlusses der Eltern mit dem ihrer Kinder.

**Erläuterungen:**


**Erläuterungen:**

- Vergleich des höchsten allgemeinbildenden Schulabschlusses der Eltern mit dem ihrer Kinder.
**I. WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK DER BUNDESREGIERUNG**

---

**Geburtenrate**

Kinder pro Frau

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>0- bis 2-Jährige</td>
<td>1,39</td>
<td>1,39</td>
<td>1,41</td>
<td>1,42</td>
<td>1,47</td>
<td>1,50</td>
<td>1,59</td>
<td>1,57</td>
<td>1,54</td>
<td>1,53</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>3- bis 5-Jährige</td>
<td>32,1</td>
<td>34,7</td>
<td>36,9</td>
<td>39,1</td>
<td>41,4</td>
<td>43,7</td>
<td>44,5</td>
<td>45,3</td>
<td>45,9</td>
<td>46,9</td>
<td>47,6</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Quelle: Statistisches Bundesamt.

**Erläuterungen:** Zusammengfasste Geburtenziffer nach Kalenderjahren; sie gibt an, wie viele Kinder eine Frau im Laufe ihres Lebens bekäme, wenn ihr Geburtenverhalten so wäre wie das aller Frauen zwischen 15 und 49 Jahren im betrachteten Jahr.

---

**Kinder in Ganztagsbetreuung in Tageseinrichtungen**

Anteil an allen Kindern der gleichen Altersgruppe, in Prozent

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>0- bis 2-Jährige</td>
<td>10,2</td>
<td>11,3</td>
<td>12,7</td>
<td>13,7</td>
<td>15,3</td>
<td>15,9</td>
<td>16,2</td>
<td>16,5</td>
<td>16,9</td>
<td>17,1</td>
<td>16,5</td>
</tr>
<tr>
<td>3- bis 5-Jährige</td>
<td>1,39</td>
<td>1,39</td>
<td>1,41</td>
<td>1,42</td>
<td>1,47</td>
<td>1,50</td>
<td>1,59</td>
<td>1,57</td>
<td>1,54</td>
<td>1,53</td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

Quelle: Statistisches Bundesamt.


---

**Altenquotient**

in Prozent

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>33,8</td>
<td>33,9</td>
<td>34,1</td>
<td>34,2</td>
<td>34,6</td>
<td>34,7</td>
<td>35,2</td>
<td>35,5</td>
<td>35,9</td>
<td>36,4</td>
<td>36,9</td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

Quelle: Statistisches Bundesamt.

**Erläuterungen:** Verhältnis der Personen im Rentenalter zu Personen im erwerbsfähigen Alter; hier: Anzahl der Personen im Alter von 65 Jahren und älter je 100 Personen im Alter von 20 bis unter 65 Jahren.


268. Gesundheit ist von zentraler Bedeutung für die Lebensqualität. Die Bundesregierung sieht die in den vergangenen Jahrzehnten gestiegenen Lebenserwartung als Ausdruck zahlreicher Fortschritte, sei es im Hinblick auf das gestiegene Gesundheitsbewusstsein der Bevölkerung, verbesserte Umweltbedingungen oder eine Verbesserung in der medizinischen Versorgung, der Gesundheitsförderung und der Prävention. Gegenüber der allgemeinen Lebenserwartung verschafft der Indikator der vorzeitigen Sterblichkeit einen noch spezifischeren Blick auf die Gesundheit der Bevölkerung. Bis zum Jahr 2019 ist die Anzahl an Todesfällen im Alter unter 70 Jahren je 100.000 Personen gesunken, wobei sich ein erheblicher, über die Zeit nur leicht abnehmender geschlechtsspezifischer Unterschied zeigt. Im Jahr 2019 verstarben 271 Männer und 146 Frauen je 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner unter 70 Jahren. Im Jahr 2020 ist die vorzeitige Sterblichkeit bei den Männern wieder etwas angestiegen, was vermutlich auf die Corona-Pandemie zurückzuführen ist.


V Öffentliche Finanzen und gleichwertige Lebensverhältnisse

**Investive Ausgaben des Staates**

Erläuterungen: Staatliche Bruttoanlageinvestitionen und Investitionszuschüsse.

**Öffentliche Schuldenquote**


**Abstand zur schuldenstandstabilisierenden Defizitquote**

Erläuterungen: Differenz aus tatsächlichem gesamtstaatlichen Finanzierungssaldo und schuldenquotenstabilisierendem Finanzierungssaldo (jeweils in Prozent des BIP). Positive Werte = Tragfähigkeitsüberschuss; Negative Werte = Tragfähigkeitslücke.
I. WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK DER BUNDESREGIERUNG

Regionale Einkommensungleichheit

Erläuterungen: Gini-Koeffizient (siehe auch Erläuterung zum Gini-Koeffizienten in Bereich IV) des BIP-pro-Kopf von kreisfreien Städten und Landkreisen in Deutschland.

Erreichbarkeit zentraler Einrichtungen der Daseinsvorsorge

Anteil versorgter Bevölkerung in Prozent


Überbelastung durch Wohnkosten


277. Neben einer regional vergleichbaren Einkommenssituation ist die Erreichbarkeit von zentralen Einrichtungen der Daseinsvorsorge wie Schulen, Supermärkten oder ÖPNV-Anbindungen eine zentrale Voraussetzung für gleichwertige Lebensverhältnisse im gesamten Bundesgebiet. Im Jahr 2018 bzw. 2019 waren für 54,5 Prozent der Bevölkerung in Deutschland sowohl ein Supermarkt, eine Post, eine Grundschule und eine ÖPNV-Haltestelle mit mindestens 20 Abfahrten pro Tag innerhalb eines Kilometers erreichbar, als auch das nächste Kran-

II. Jahresprojektion der Bundesregierung 2022
Überblick: Schwacher Jahreseinstieg, im weiteren Verlauf kräftige wirtschaftliche Erholung


Für das Gesamtjahr 2022 erwartet die Bundesregierung eine Zunahme des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Höhe von 3,6 Prozent. Dabei wird die Wirtschaftsleistung im ersten Quartal voraussichtlich noch durch die Corona-Pandemie und die entsprechenden Beschränkungen v.a. in den Dienstleistungsbereichen beeinträchtigt. Im weiteren Verlauf dürfte die konjunkturelle Erholung nach der annahmegemäßen Abflachung des

Schaubild 12: Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt)

Quellen: Statistisches Bundesamt; Jahresprojektion der Bundesregierung.
Infektionsgeschehens und der damit verbundenen Rücknahme der Einschränkungen wieder spürbar an Fahrt gewinnen. Auch die Industrie sollte ihre Produktion wieder merklich ausweiten können, sobald sich die Lieferengpässe im Jahresverlauf allmählich auflösen.


Die Bruttoanlageinvestitionen sollten in diesem Jahr nach der annahmegemäßen Abschwächung des Pandemiegeschehens und Nachlassen der damit verbundenen Lieferengpässe im Jahresdurchschnitt wieder deutlich steigen. Auch die Bauinvestitionen werden weiter zunehmen und der deutschen Konjunktur Auftrieb geben, wenngleich sich die Preisspezialentwicklung von Baumaterialien dämpfend auswirken dürfte.


Übersicht 3: Ausgewählte Eckwerte zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

| Entstehung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) |
|-------------------------|---------|--------|
| BIP (preisbereinigt)    | -4,6    | 2,7    | 3,6   |
| Erwerbstätige (im Inland)| -0,8    | 0,0    | 0,9    |
| Arbeitslosenquote in Prozent (Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit – BA)² | 5,9 | 5,7 | 5,1 |

| Verwendung des BIP preisbereinigt (real) |
|----------------------------------------|---------|--------|
| Private Konsumausgaben                 | -5,9    | 0,0    | 6,0    |
| Ausrüstungen                           | -11,2   | 3,2    | 4,1    |
| Bauten                                 | 2,5     | 0,5    | 1,0    |
| Inlandsnachfrage                       | -4,0    | 1,9    | 3,9    |
| Export                                 | -9,3    | 9,4    | 5,5    |
| Importe                                | -8,6    | 8,6    | 6,3    |
| Außenbeitrag (Impuls)³                 | -0,8    | 0,9    | 0,0    |
| Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer| -0,1    | 3,2    | 3,7    |

Quellen: Statistisches Bundesamt 2021; Jahresprojektion 2022 der Bundesregierung.

1 Bis 2021 vorläufige Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes; Stand: Januar 2022.
2 Bezogen auf alle Erwerbspersonen.
3 Absolute Veränderung der Vorräte bzw. des Außenbeitrags in Prozent des BIP des Vorjahres (= Beitrag zur Zuwachsrate des BIP).
Übersicht 4: Technische Details der Jahresprojektion 2022

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th>2020</th>
<th>2021¹</th>
<th>2022</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td><strong>Jahresdurchschnittliche BIP-Rate</strong></td>
<td>-4,6</td>
<td>2,7</td>
<td>3,6</td>
</tr>
<tr>
<td>Statistischer Überhang am Ende des Jahres²</td>
<td>2,2</td>
<td>0,7</td>
<td>1,8</td>
</tr>
<tr>
<td>Jahresverlaufsrate³</td>
<td>-2,9</td>
<td>1,2</td>
<td>4,8</td>
</tr>
<tr>
<td>Jahresdurchschnittliche Veränderung des BIP, arbeitstäglich bereinigt</td>
<td>-4,9</td>
<td>2,7</td>
<td>3,7</td>
</tr>
<tr>
<td>Kalendereffekt⁴</td>
<td>0,4</td>
<td>0,0</td>
<td>-0,1</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Quellen: Statistisches Bundesamt 2021; Jahresprojektion 2022 der Bundesregierung.

¹ Bis Dezember 2021 vorläufige Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes.
² Saison- und kalenderbereinigter Indexstand im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum kalenderbereinigten Quartalsdurchschnitt des Vorjahres.
³ Jahresveränderungsrate im vierten Quartal, saison- und kalenderbereinigt.
⁴ In Prozent des BIP.
Abweichungen in den Summen durch Rundungen möglich.

Übersicht 5: Wachstumsbeiträge zum Bruttoinlandsprodukt

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th>2020</th>
<th>2021</th>
<th>2022</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td><strong>Wachstumsbeiträge gegenüber Vorjahr (in Prozent)</strong></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Bruttoinlandsprodukt (Zuwachs) = (1)+(2)+(3)+(4)</td>
<td>-4,6</td>
<td>2,7</td>
<td>3,6</td>
</tr>
<tr>
<td>(1) Privater Konsum</td>
<td>-3,0</td>
<td>0,0</td>
<td>3,0</td>
</tr>
<tr>
<td>(2) Staatskonsum</td>
<td>0,7</td>
<td>0,8</td>
<td>0,0</td>
</tr>
<tr>
<td>(3) Bruttoinvestmenten</td>
<td>-1,4</td>
<td>1,1</td>
<td>0,7</td>
</tr>
<tr>
<td>(3a) Vorratsveränderungen</td>
<td>-0,9</td>
<td>0,7</td>
<td>0,1</td>
</tr>
<tr>
<td>(3b) Bruttoanlageinvestitionen</td>
<td>-0,5</td>
<td>0,3</td>
<td>0,6</td>
</tr>
<tr>
<td>Bauminvestitionen</td>
<td>0,3</td>
<td>0,1</td>
<td>0,1</td>
</tr>
<tr>
<td>Ausrüstungen</td>
<td>-0,8</td>
<td>0,2</td>
<td>0,3</td>
</tr>
<tr>
<td>sonst. Anlagen</td>
<td>0,0</td>
<td>0,0</td>
<td>0,2</td>
</tr>
<tr>
<td>Inlandsnachfrage = (1)+(2)+(3)</td>
<td>-3,7</td>
<td>1,9</td>
<td>3,6</td>
</tr>
<tr>
<td>Export von Waren und Dienstleistungen</td>
<td>-4,3</td>
<td>4,1</td>
<td>2,6</td>
</tr>
<tr>
<td>Waren</td>
<td>-3,1</td>
<td>3,5</td>
<td>1,7</td>
</tr>
<tr>
<td>Dienstleistungen</td>
<td>-1,3</td>
<td>0,6</td>
<td>0,9</td>
</tr>
<tr>
<td>Import von Waren und Dienstleistungen</td>
<td>3,5</td>
<td>-3,2</td>
<td>-2,6</td>
</tr>
<tr>
<td>Waren</td>
<td>1,5</td>
<td>-2,4</td>
<td>-1,3</td>
</tr>
<tr>
<td>Dienstleistungen</td>
<td>2,0</td>
<td>-0,8</td>
<td>-1,3</td>
</tr>
<tr>
<td>(4) Außenbeitrag</td>
<td>-0,8</td>
<td>0,9</td>
<td>0,0</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.
II. JAHRESPROJEKTION DER BUNDESREGIERUNG 2022


282. Der Jahresprojektion 2022 liegen folgende Annahmen zugrunde:


– Der Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte der Europäischen Zentralbank bleibt bis zum Ende des Projektionszeitraums konstant bei 0,00 Prozent.


Weltwirtschaft mit verlangsamtem Tempo auf dem Erholungspfad


Die weltweit zeitgleich wieder anspringende Konjunktur, wiederkehrende regionale Produktionsstopps sowie Logistikstörungen durch die Pandemie

4 Berechnung des Bruttoinlandsprodukts der Weltwirtschaft unter Verwendung von Kaufkraftparitäten.
verursachten Lieferengpässe bei wichtigen Vorleistungsgütern und Rohstoffen, die den konjunkturellen Aufschwung auch am Jahresanfang noch bremsen. Die Bundesregierung geht davon aus, dass diese Knappheiten im Laufe des Jahres 2022 allmählich abgebaut werden können, womit auch der Preisdruck durch diesen Faktor nachlassen dürfte.


Deutscher Außenhandel wächst weiter kräftig

ten sich die Importpreise im Jahr 2022 noch einmal deutlicher erhöhen als die Exportpreise. Die Preisrelation im Außenhandel (Terms of Trade) wird sich nur leicht verschlechtern, nachdem sie sich bereits im vergangenen Jahr merklich eingetrübt hat.


Investitionen wachsen nach gedämpftem Start deutlich


Zudem zeichnen die Auftragseingänge im Bau das Bild einer stabil hohen Nachfrage und die Kapazitätsauslastung ist anhaltend hoch. Diese Umstände verleihen den Baupreisen im Prognosezeitraum weiteren Auftrieb.


Robuste Erholung am Arbeitsmarkt


Die registrierte Arbeitslosigkeit ging im Jahr 2021 bereits deutlich zurück (-82.000 Personen; durchschnittliche Arbeitslosenquote 5,7 Prozent). Im Zuge der weiteren wirtschaftlichen Erholung wird sich diese Entwicklung in diesem Jahr fortsetzen (-240.000). Die Arbeitslosenquote dürfte im Jahr 2022 um 0,6 Prozentpunkte auf 5,1 Prozent zurückgehen.


Hohe Inflationsrate: Allmähliche Entspannung erst im Jahresverlauf

Monate lang die Vorjahresbasis durch die vermin-
derten Umsatzsteuersätze verringert und die Infla-
tionsrate im Jahr 2021 dementsprechend erhöht. Ähnlich war der Effekt der Energiepreise sowie der Import- und Rohstoffpreise auf die Inflation. Nach Ausbruch der Pandemie im Frühjahr 2020 waren sie im Zuge des damit einhergehenden starken Nachfragerückgangs zunächst spürbar gesunken, während sie sich dann infolge der weltwirtschaftli-
chen Belebung wieder sehr deutlich erhöhten. Wird die Entwicklung des Verbraucherpreisindex in den Jahren 2019 bis 2021 im Vergleich darge-
stellt (vgl. Schaubild 14), zeigt sich, dass insbeson-

Die angeführten Sondereffekte dürften in diesem Jahr eine merklich geringere Rolle spielen. Die Preise der Terminkontrakte für Rohöl an den Finanzmärkten deuten auf eine Entspannung hin. Der Effekt der CO₂-Bepreisung in den Bereichen Verkehr und Gebäude zu Jahresanfang 2022 fällt deutlich geringer aus als bei ihrer Einführung Anfang des Jahres 2021. Merklich entlastend wird in diesem Jahr die Senkung der EEG-Umlage wir-
ken. Ein zentraler preistreibender Faktor in diesem Jahr bleiben aber die Lieferengpässe (vgl. Kasten 6). Hier ist erst im Jahresverlauf 2022 wieder mit einer allmählichen Entspannung zu rechnen. Bis dahin dürften die Unternehmen jedoch die Preise merk-
lich erhöhen, einerseits wegen der hohen Nach-
frage nach ihren Gütern, andererseits wegen der stark gestiegenen Inputpreise. Außerdem wird es bei den Energiepreisen im ersten Halbjahr zu erhöhten Steigerungsraten gegenüber dem Vorjahr kommen, weil diese Preise erst im Jahresverlauf 2021 so stark zunahmen. Alles in allem wird damit gerechnet, dass der Anstieg des Verbraucherpreis-
niveaus in diesem Jahr mit jahresdurchschnittlich 3,3 Prozent abermals deutlich ausfällt. Die für das Jahr 2022 erwartete Kerninflationsrate, die die stark
volatilen Preise für Nahrungsmittel und Energie nicht berücksichtigt, liegt bei 2,4 Prozent. Der Deflator des privaten Konsums steigt aufgrund veränderten Konsumverhaltens mit 3,0 Prozent etwas weniger stark als die Verbraucherpreise insgesamt.

Die Bundesregierung behält die Entwicklung der Inflationsrate und die maßgeblichen preistreibenden Einflussfaktoren insbesondere auf den Energiemärkten und aufgrund der Lieferkettendisruptionen im Blick.

Kasten 6: Wie lange belasten die Lieferengpässe noch die deutsche Wirtschaft?


Dazu und zur Frage, welche Branchen sowie Güter besonders betroffen sind, legt das ifo Institut regelmäßig Ergebnisse aus seiner Umfrage in Industrie, Baugewerbe und Handel vor.

### Knappe von Vorprodukten im Verarbeitenden Gewerbe (in Prozent)

<table>
<thead>
<tr>
<th>Branchen</th>
<th>Prozent</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Verarbeitendes Gewerbe</td>
<td>81,9</td>
</tr>
<tr>
<td>Elektrische Ausrüstungen</td>
<td>93,8</td>
</tr>
<tr>
<td>Automobilindustrie</td>
<td>92,9</td>
</tr>
<tr>
<td>Maschinenbau</td>
<td>91,0</td>
</tr>
<tr>
<td>Druckerzeugnisse</td>
<td>90,5</td>
</tr>
<tr>
<td>Datenverarbeitungsgeräte</td>
<td>90,5</td>
</tr>
<tr>
<td>Papier- und Schreibwaren</td>
<td>89,1</td>
</tr>
<tr>
<td>Herstellung von Möbeln</td>
<td>87,7</td>
</tr>
<tr>
<td>Herstellung von Bekleidung</td>
<td>87,0</td>
</tr>
<tr>
<td>Gummi- und Kunststoffwaren</td>
<td>87,0</td>
</tr>
<tr>
<td>Herstellung von Textilien</td>
<td>81,0</td>
</tr>
<tr>
<td>Herstellung von Metallerzeugnissen</td>
<td>81,8</td>
</tr>
<tr>
<td>Chemische Industrie</td>
<td>78,2</td>
</tr>
<tr>
<td>Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln</td>
<td>78,2</td>
</tr>
<tr>
<td>Herstellung von Glaswaren, Keramik, Verarb. v. Steinen und Erden</td>
<td>76,0</td>
</tr>
<tr>
<td>Metallerzeugung und -bearbeitung</td>
<td>76,0</td>
</tr>
<tr>
<td>Herstellung von Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren</td>
<td>66,7</td>
</tr>
<tr>
<td>Herstellung von Leder, Lederwaren und Schuhen</td>
<td>64,5</td>
</tr>
<tr>
<td>Getränkeherstellung</td>
<td>61,3</td>
</tr>
<tr>
<td>Herstellung von Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren</td>
<td>52,8</td>
</tr>
<tr>
<td>Herstellung von Leder, Lederwaren und Schuhen</td>
<td>46,3</td>
</tr>
<tr>
<td>Getränkeherstellung</td>
<td>44,7</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Quelle: ifo Konjunkturumfragen, Dezember 2021.


Zudem leidet derzeit in vielen wichtigen Branchen eine deutliche Mehrheit der Firmen unter Materialmangel:

In der Automobilindustrie sind die Produktionskapazitäten vor allem wegen einer stockenden Versorgung mit Halbleitern spürbar unterausgelastet, aber auch in vielen anderen Industriebereichen fehlen elektronische Bauteile. Weit verbreitet ist zudem ein Mangel an Metallprodukten wie Stahl und Aluminium sowie Kupfer und Magnesium. In der Chemischen Industrie fehlen Rohstoffe und Pigmente, was wiederum dazu führt, dass in der Gummi- und Kunststoffproduktion Granulate knapp sind. An Verpackungsmaterialien herrscht ebenfalls ein verbreiteter Mangel, weil nicht genügend Kunststoff und Schnittholz zur Verfügung steht.


Als Folge der Materialprobleme und Lieferengpässe dürften viele Firmen die durch die Verknappung gestiegenen Einkaufspreise an ihre Kunden weitergeben. Dies spiegelt sich in den ifo Umfragen zu den Preiserwartungen der Unternehmen wider.

Konjunkturelle Erholung verleiht Einkommen Schub


Da sich die Beschäftigung im letzten Jahr bereits wieder erholt, stieg auch die gesamtwirtschaftliche Lohnsumme; sie dürfte im laufenden Jahr nochmals um 4,8 Prozent zunehmen. Auch die Netto-löhne und -gehälter dürften wieder kräftig steigen. Vor dem Hintergrund der erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung sollten auch die Selbständigen- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte wieder anziehen (2022: 9,6 Prozent). Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung lässt die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte um 4,4 Prozent in diesem Jahr kräftig ansteigen. In diesem Jahr wird mit einer deutlichen Expansion der privaten Konsumausgaben von 6,0 Prozent gerechnet. Gründe dafür sind die Einkommensentwicklung und die sich reduzierende Sparquote.

Staatskonsum weiter auf hohem Niveau

II. JAHRESPROJEKTION DER BUNDESREGIERUNG 2022

Übersicht 6: Eckwerte der Jahresprojektion 2022

<table>
<thead>
<tr>
<th>Gesamtwirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland</th>
<th>2021</th>
<th>Jahresprojektion 2022</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td><strong>ENTSTEHUNG des Bruttoinlandsprodukts (BIP)</strong></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>BIP (preisbereinigt)</td>
<td>2,7</td>
<td>3,6</td>
</tr>
<tr>
<td>Erwerbstätige (im Inland)</td>
<td>0,0</td>
<td>0,9</td>
</tr>
<tr>
<td>BIP je Erwerbstätigen</td>
<td>2,7</td>
<td>2,7</td>
</tr>
<tr>
<td>BIP je Erwerbstätigenstunde</td>
<td>0,8</td>
<td>0,7</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>nachrichtlich:</strong></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Erwerbslosenquote in Prozent (ESVG-Konzept)²</td>
<td>3,2</td>
<td>3,1</td>
</tr>
<tr>
<td>Arbeitslosenquote in Prozent (Abgrenzung der BA)²</td>
<td>5,7</td>
<td>5,1</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>VERWENDUNG des BIP in jeweiligen Preisen (nominal)</strong></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Konsumausgaben</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck</td>
<td>3,1</td>
<td>9,1</td>
</tr>
<tr>
<td>Staat</td>
<td>6,6</td>
<td>2,0</td>
</tr>
<tr>
<td>Bruttoanlageinvestitionen</td>
<td>6,4</td>
<td>7,3</td>
</tr>
<tr>
<td>Vorratsveränderungen und Nettozugang an Wertsachen (Mrd. Euro)</td>
<td>11,8</td>
<td>18,1</td>
</tr>
<tr>
<td>Inlandsnachfrage</td>
<td>5,8</td>
<td>7,1</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Außenbeitrag (Mrd. Euro)</strong></td>
<td>204,3</td>
<td>200,6</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Außenbeitrag (in Prozent des BIP)</strong></td>
<td>5,7</td>
<td>5,3</td>
</tr>
<tr>
<td>Saldo der Leistungsbilanz (in % des BIP)</td>
<td>6,5</td>
<td>6,5</td>
</tr>
<tr>
<td>Bruttoinlandsprodukt (nominal)</td>
<td>5,8</td>
<td>6,6</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>VERWENDUNG des BIP preisbereinigt (real)</strong></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Konsumausgaben</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck</td>
<td>0,0</td>
<td>6,0</td>
</tr>
<tr>
<td>Staat</td>
<td>3,4</td>
<td>0,0</td>
</tr>
<tr>
<td>Bruttoanlageinvestitionen</td>
<td>1,3</td>
<td>2,6</td>
</tr>
<tr>
<td>Ausrüstungen</td>
<td>3,2</td>
<td>4,1</td>
</tr>
<tr>
<td>Bauten</td>
<td>0,5</td>
<td>1,0</td>
</tr>
<tr>
<td>Sonstige Anlagen</td>
<td>0,7</td>
<td>4,8</td>
</tr>
<tr>
<td>Vorratsveränderung und Nettozugang an Wertsachen (Impuls)³</td>
<td>0,7</td>
<td>0,1</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Inlandsnachfrage</strong></td>
<td>1,9</td>
<td>3,9</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Exporte</strong></td>
<td>9,4</td>
<td>5,5</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Importe</strong></td>
<td>8,6</td>
<td>6,3</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Außenbeitrag (Impuls)³</strong></td>
<td>0,9</td>
<td>0,0</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Bruttoinlandsprodukt (real)</strong></td>
<td>2,7</td>
<td>3,6</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Preisentwicklung (2015 = 100)</strong></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Verbraucherpreisindex</td>
<td>3,1</td>
<td>3,3</td>
</tr>
<tr>
<td>Konsumausgaben der privaten Haushalte</td>
<td>3,0</td>
<td>3,0</td>
</tr>
<tr>
<td>Inlandsnachfrage</td>
<td>3,8</td>
<td>3,2</td>
</tr>
<tr>
<td>Bruttoinlandsprodukt³</td>
<td>3,1</td>
<td>2,9</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>VERTEILUNG des Bruttonationaleinkommens (BNE)</strong></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>(Inländerkonzept)</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Arbeitnehmerentgelte</td>
<td>3,4</td>
<td>4,7</td>
</tr>
<tr>
<td>Unternehmens- und Vermögenseinkommen</td>
<td>15,4</td>
<td>7,3</td>
</tr>
<tr>
<td>Volkseinkommen</td>
<td>6,6</td>
<td>5,4</td>
</tr>
<tr>
<td>Bruttonationaleinkommen</td>
<td>6,0</td>
<td>6,8</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>nachrichtlich (Inländerkonzept):</strong></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Arbeitnehmer</td>
<td>0,2</td>
<td>1,0</td>
</tr>
<tr>
<td>Bruttolöhne und -gehälter</td>
<td>3,4</td>
<td>4,8</td>
</tr>
<tr>
<td>Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer</td>
<td>3,2</td>
<td>3,7</td>
</tr>
<tr>
<td>Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte</td>
<td>1,8</td>
<td>4,4</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Sparquote in Prozent</strong></td>
<td>15,0</td>
<td>11,0</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Quellen: Statistisches Bundesamt 2021; Jahresprojektion 2022 der Bundesregierung.

1. Bis 2021 vorläufige Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes; Stand: Januar 2022.
2. Bezogen auf alle Erwerbspersonen.
3. Absolute Veränderung der Vorräte bzw. des Außenbeitrags in Prozent des BIP des Vorjahres (= Beitrag zur Zuwachsrate des BIP).
4. Lohnstückkosten je Arbeitnehmer; Veränderung gegenüber Vorjahr: 2021: 0,5%; 2022: 0,8%.
5. Sparen in Prozent des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte einschl. betrieblicher Versorgungsansprüche.
Kasten 7: Rückblick auf die Jahresprojektion 2021

Laut vorläufigem Jahresergebnis des Statistischen Bundesamtes ist das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2021 um 2,7 Prozent gestiegen. Die Jahresprojektion vom vergangenen Jahr ging von einem Zuwachs von 3,0 Prozent aus. Vor dem Hintergrund der erhöhten Prognoseunsicherheit durch die Corona-Krise war die Vorhersage der Bundesregierung zwar etwas zu optimistisch, aber dennoch nicht allzu weit vom amtlichen Ergebnis entfernt. Die Gründe dafür waren wie folgt:


Im Herbst des Jahres 2021 bremste, anders als erwartet, die vierte Corona-Infektionswelle die wirtschaftliche Aktivität. Die Industrie wurde weiterhin durch Engpässe bei Vorprodukten gebremst und auch die Umsätze im Gastgewerbe gingen im Verlauf der letzten Monate des vergangenen Jahres zurück. Alles in allem entwickelte sich das Bruttoinlandsprodukt mit einem Wachstum von 2,7 Prozent um drei Zehntel Prozentpunkte schwächer als vor einem Jahr erwartet.

<table>
<thead>
<tr>
<th>Eckwerte der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland</th>
<th>Jahresprojektion 2021</th>
<th>Tatsächliche Entwicklung 2021</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>ENTSTEHUNG des Bruttoinlandsprodukts (BIP)</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>BIP (preisbereinigt)</td>
<td>3,0</td>
<td>2,7</td>
</tr>
<tr>
<td>Erwerbstätige (im Inland)</td>
<td>0,0</td>
<td>0,0</td>
</tr>
<tr>
<td>BIP je Erwerbstätigen</td>
<td>3,0</td>
<td>2,7</td>
</tr>
<tr>
<td>BIP je Erwerbstätigenstunde</td>
<td>0,3</td>
<td>0,8</td>
</tr>
<tr>
<td>nachrichtlich:</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Erwerbslosenquote in Prozent (ESVG-Konzept)</td>
<td>3,9</td>
<td>3,2</td>
</tr>
<tr>
<td>Arbeitslosenquote in Prozent (Abgrenzung der BA)</td>
<td>5,8</td>
<td>5,7</td>
</tr>
<tr>
<td>VERWENDUNG des BIP in jeweiligen Preisen (nominal)</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Konsumausgaben</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck</td>
<td>5,3</td>
<td>3,1</td>
</tr>
<tr>
<td>Staat</td>
<td>4,0</td>
<td>6,6</td>
</tr>
<tr>
<td>Bruttoanlageinvestitionen</td>
<td>5,3</td>
<td>6,4</td>
</tr>
<tr>
<td>Vorratsveränderungen und Nettozugang an Wertsachen (Mrd. Euro)</td>
<td>-52,8</td>
<td>11,8</td>
</tr>
<tr>
<td>Inlandsnachfrage</td>
<td>5,1</td>
<td>5,8</td>
</tr>
<tr>
<td>Außenbeitrag (Mrd. Euro)</td>
<td>174,0</td>
<td>204,3</td>
</tr>
<tr>
<td>Außenbeitrag (in Prozent des BIP)</td>
<td>5,0</td>
<td>5,7</td>
</tr>
<tr>
<td>Saldo der Leistungsbilanz (in Prozent des BIP)</td>
<td>6,3</td>
<td>6,5</td>
</tr>
<tr>
<td>Bruttoinlandsprodukt (nominal)</td>
<td>4,3</td>
<td>5,8</td>
</tr>
<tr>
<td>VERWENDEUNG des BIP preisbereinigt (real)</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Konsumausgaben</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck</td>
<td>3,6</td>
<td>0,0</td>
</tr>
<tr>
<td>Staat</td>
<td>1,1</td>
<td>3,4</td>
</tr>
<tr>
<td>Bruttoanlageinvestitionen</td>
<td>3,6</td>
<td>1,3</td>
</tr>
<tr>
<td>Ausrüstungen</td>
<td>6,5</td>
<td>3,2</td>
</tr>
<tr>
<td>Bauten</td>
<td>1,9</td>
<td>0,5</td>
</tr>
<tr>
<td>Sonstige Anlagen</td>
<td>4,1</td>
<td>0,7</td>
</tr>
<tr>
<td>Vorratsveränderung und Nettozugang an Wertsachen (Impuls)</td>
<td>0,0</td>
<td>0,7</td>
</tr>
<tr>
<td>Inlandsnachfrage</td>
<td>3,1</td>
<td>1,9</td>
</tr>
<tr>
<td>Exporte</td>
<td>6,4</td>
<td>9,4</td>
</tr>
<tr>
<td>Importe</td>
<td>7,2</td>
<td>8,6</td>
</tr>
<tr>
<td>Außenbeitrag (Impuls)</td>
<td>0,1</td>
<td>0,9</td>
</tr>
<tr>
<td>Bruttoinlandsprodukt (real)</td>
<td>3,0</td>
<td>2,7</td>
</tr>
<tr>
<td>Preisentwicklung (2015 = 100)</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Verbraucherpreisindex</td>
<td>1,5</td>
<td>3,1</td>
</tr>
<tr>
<td>Konsumausgaben der privaten Haushalte</td>
<td>1,6</td>
<td>3,0</td>
</tr>
<tr>
<td>Inlandsnachfrage</td>
<td>1,9</td>
<td>3,8</td>
</tr>
<tr>
<td>Bruttoinlandsprodukt</td>
<td>1,3</td>
<td>3,1</td>
</tr>
<tr>
<td>VERTEILUNG des Bruttonationaleinkommens (BNE)</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>(Inländerkonzept)</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Arbeitnehmerentgelte</td>
<td>3,3</td>
<td>3,4</td>
</tr>
<tr>
<td>Unternehmens- und Vermögenseinkommen</td>
<td>7,2</td>
<td>15,4</td>
</tr>
<tr>
<td>Volkseinkommen</td>
<td>4,4</td>
<td>6,6</td>
</tr>
<tr>
<td>Bruttonationaleinkommen</td>
<td>4,4</td>
<td>6,0</td>
</tr>
<tr>
<td>nachrichtlich (Inländerkonzept):</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Arbeitnehmer</td>
<td>0,2</td>
<td>0,2</td>
</tr>
<tr>
<td>Bruttolöhne und -gehälter</td>
<td>3,2</td>
<td>3,4</td>
</tr>
<tr>
<td>Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer</td>
<td>3,0</td>
<td>3,2</td>
</tr>
<tr>
<td>Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte</td>
<td>2,7</td>
<td>1,8</td>
</tr>
<tr>
<td>Sparquote in Prozent</td>
<td>14,1</td>
<td>15,0</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Quellen: Statistisches Bundesamt 2021; Jahresprojektion 2022 der Bundesregierung.

1 Bis 2021 vorläufige Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes; Stand: Januar 2022.
2 Bezogen auf alle Erwerbspersonen.
3 Absolute Veränderung der Vorräte bzw. des Außenbeitrags in Prozent des BIP des Vorjahres (= Beitrag zur Zuwachsrate des BIP).
4 Lohnstückkosten je Arbeitnehmer; Veränderung gegenüber Vorjahr: Jahresprojektion 2021: 1,8 %; tatsächliche Entwicklung 2021: 0,5 %.
5 Sparen in Prozent des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte einschl. betrieblicher Versorgungsansprüche.
## Abkürzungsverzeichnis

<table>
<thead>
<tr>
<th>Abk.</th>
<th>Beschreibung</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>AI-Act</td>
<td>Artificial Intelligence-Act</td>
</tr>
<tr>
<td>ARF</td>
<td>Aufbau- und Resilienzfazilität</td>
</tr>
<tr>
<td>AVV Klima</td>
<td>Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Beschaffung klimafreundlicher Leistungen</td>
</tr>
<tr>
<td>ATAD</td>
<td>Anti-Tax Avoidance Directive</td>
</tr>
<tr>
<td>AWZ</td>
<td>Ausschließliche Wirtschaftszone</td>
</tr>
<tr>
<td>BBPIG</td>
<td>Bundesbedarfsplanungsgesetz</td>
</tr>
<tr>
<td>BEG</td>
<td>Bundesförderung für effiziente Gebäude</td>
</tr>
<tr>
<td>BEHG</td>
<td>Brennstoffemissionshandelsgesetz</td>
</tr>
<tr>
<td>BEW</td>
<td>Bundesförderung für effiziente Wärmenetze</td>
</tr>
<tr>
<td>BIP</td>
<td>Bruttoinlandsprodukt</td>
</tr>
<tr>
<td>BME</td>
<td>Bundesverband Materialwirtschaft, Einkauf und Logistik</td>
</tr>
<tr>
<td>CBAM</td>
<td>Carbon Border Adjustment Mechanism</td>
</tr>
<tr>
<td>CCfD</td>
<td>Carbon Contracts for Difference</td>
</tr>
<tr>
<td>CO₂</td>
<td>Kohlenstoffdioxid</td>
</tr>
<tr>
<td>COP</td>
<td>Conference of the Parties</td>
</tr>
<tr>
<td>CORSIA</td>
<td>Carbon Offsetting and Reduction Scheme for International Aviation</td>
</tr>
<tr>
<td>CSRD</td>
<td>Corporate Sustainability Reporting Directive</td>
</tr>
<tr>
<td>DA</td>
<td>Data Act</td>
</tr>
<tr>
<td>DARP</td>
<td>Deutscher Aufbau- und Resilienzplan</td>
</tr>
<tr>
<td>DATI</td>
<td>Deutsche Agentur für Transfer und Innovation</td>
</tr>
<tr>
<td>DGA</td>
<td>Data Governance Act</td>
</tr>
<tr>
<td>DLT</td>
<td>Distributed-Ledger-Technologie</td>
</tr>
<tr>
<td>DMA</td>
<td>Digital Markets Act</td>
</tr>
<tr>
<td>DNS</td>
<td>Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie</td>
</tr>
<tr>
<td>DSA</td>
<td>Digital Service Act</td>
</tr>
<tr>
<td>EEG</td>
<td>Erneuerbare-Energien-Gesetz</td>
</tr>
<tr>
<td>EEW</td>
<td>Bundesförderung für Energie- und Ressourceneffizienz in der Wirtschaft</td>
</tr>
<tr>
<td>EH</td>
<td>Effizienzhausstandard</td>
</tr>
<tr>
<td>EHDS</td>
<td>European Health Data Space Act</td>
</tr>
<tr>
<td>EIF</td>
<td>European Investment Fund</td>
</tr>
<tr>
<td>EKF</td>
<td>Energie- und Klimafonds</td>
</tr>
<tr>
<td>EnLAG</td>
<td>Energieleistungsausbaugesetz</td>
</tr>
<tr>
<td>EnWG</td>
<td>Energiewirtschaftsgesetz</td>
</tr>
<tr>
<td>ERP</td>
<td>European Recovery Program</td>
</tr>
<tr>
<td>EU</td>
<td>Europäische Union</td>
</tr>
<tr>
<td>EUA</td>
<td>Europäische Umweltagentur</td>
</tr>
<tr>
<td>EU-LFS</td>
<td>EU Labour Force Survey</td>
</tr>
<tr>
<td>EU-ETS</td>
<td>EU-Emissionshandel</td>
</tr>
<tr>
<td>EU-SILC</td>
<td>EU Statistics on Income and Living Conditions</td>
</tr>
<tr>
<td>Fed</td>
<td>Federal Reserve System</td>
</tr>
<tr>
<td>FüPoG</td>
<td>Führungspositionen-Gesetz</td>
</tr>
<tr>
<td>G7</td>
<td>Gruppe der sieben größten Industriestaaten</td>
</tr>
<tr>
<td>GKV</td>
<td>Gesetzliche Krankenversicherung</td>
</tr>
<tr>
<td>GEG</td>
<td>Gebäudeenergiegesetz</td>
</tr>
<tr>
<td>GFF</td>
<td>German Future Fund</td>
</tr>
<tr>
<td>GHD</td>
<td>Gewerbe, Handel, Dienstleistungen</td>
</tr>
<tr>
<td>GRW</td>
<td>Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“</td>
</tr>
<tr>
<td>GW</td>
<td>Gigawatt</td>
</tr>
<tr>
<td>GWB</td>
<td>Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen</td>
</tr>
<tr>
<td>HTS</td>
<td>High-Tech-Strategie</td>
</tr>
<tr>
<td>Abkürzung</td>
<td>Deutscher Name</td>
</tr>
<tr>
<td>-----------</td>
<td>----------------</td>
</tr>
<tr>
<td>ICAO</td>
<td>International Civil Aviation Organization</td>
</tr>
<tr>
<td>IMO</td>
<td>International Maritime Organization</td>
</tr>
<tr>
<td>ISSB</td>
<td>International Sustainability Standards Board</td>
</tr>
<tr>
<td>IPCEI</td>
<td>Important Project of Common European Interest</td>
</tr>
<tr>
<td>Ifo</td>
<td>Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung</td>
</tr>
<tr>
<td>IoT</td>
<td>Internet of Things (Internet der Dinge)</td>
</tr>
<tr>
<td>IT</td>
<td>Informationstechnologie</td>
</tr>
<tr>
<td>IW Köln</td>
<td>Institut der deutschen Wirtschaft Köln</td>
</tr>
<tr>
<td>JG</td>
<td>Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung</td>
</tr>
<tr>
<td>JWB</td>
<td>Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung</td>
</tr>
<tr>
<td>KdU</td>
<td>Kosten der Unterkunft und Heizung</td>
</tr>
<tr>
<td>KfW</td>
<td>Kreditanstalt für Wiederaufbau</td>
</tr>
<tr>
<td>Kfz</td>
<td>Kraftfahrzeug</td>
</tr>
<tr>
<td>KI</td>
<td>Künstliche Intelligenz</td>
</tr>
<tr>
<td>KInvFG</td>
<td>Kommunalinvestitionsförderungsgesetz</td>
</tr>
<tr>
<td>KMU</td>
<td>Kleine und mittlere Unternehmen</td>
</tr>
<tr>
<td>KSG</td>
<td>Klimaschutzgesetz</td>
</tr>
<tr>
<td>KUEBL</td>
<td>Klima-, Energie- und Umweltbeihilfeleitlinien</td>
</tr>
<tr>
<td>kWh</td>
<td>Kilowattstunde</td>
</tr>
<tr>
<td>LANA</td>
<td>Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft für Naturschutz, Landschaftspflege und Erholung</td>
</tr>
<tr>
<td>LAI</td>
<td>Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft für Immissionsschutz</td>
</tr>
</tbody>
</table>
## Stichwortverzeichnis

<table>
<thead>
<tr>
<th>Stichwort</th>
<th>S.</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>5G-Netze</td>
<td>57, 59</td>
</tr>
<tr>
<td>Allianz für Aus- und Weiterbildung</td>
<td>69</td>
</tr>
<tr>
<td>Allianz für Transformation</td>
<td>16, 26</td>
</tr>
<tr>
<td>Arbeitslosigkeit</td>
<td>19, 68, 105, 108</td>
</tr>
<tr>
<td>Arbeitsmarkt, -politik</td>
<td>19, 23, 67 ff., 72, 81, 95, 102, 108, 114</td>
</tr>
<tr>
<td>Arbeitslosenquote</td>
<td>20, 102, 108, 113 ff.</td>
</tr>
<tr>
<td>Artenschutzrecht</td>
<td>48</td>
</tr>
<tr>
<td>Aufbauprogramm „Next Generation EU“</td>
<td>42, 44</td>
</tr>
<tr>
<td>Auftragseingänge</td>
<td>106 ff.</td>
</tr>
<tr>
<td>Ausbildung, -markt</td>
<td>69 f., 72, 89</td>
</tr>
<tr>
<td>Außenhandel</td>
<td>21, 105 f.</td>
</tr>
<tr>
<td>Batterie, -technologie</td>
<td>39</td>
</tr>
<tr>
<td>Baugewerbe</td>
<td>15, 108, 110 f.</td>
</tr>
<tr>
<td>Berufsausbildung</td>
<td>69, 87, 89, 92</td>
</tr>
<tr>
<td>Beschaffung, öffentliche</td>
<td>36, 47, 52, 56</td>
</tr>
<tr>
<td>Bildung</td>
<td>10, 41 ff., 45, 68 ff., 72, 87, 89 ff., 94 ff.</td>
</tr>
<tr>
<td>Binnenmarkt</td>
<td>8, 28, 34, 37, 51, 54, 56, 61 f.</td>
</tr>
<tr>
<td>Biodiversität</td>
<td>11 ff., 55</td>
</tr>
<tr>
<td>Breitband, -ausbau</td>
<td>57 f., 89, 91</td>
</tr>
<tr>
<td>Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG)</td>
<td>38, 40</td>
</tr>
<tr>
<td>Bruttoanlageinvestitionen</td>
<td>41 ff., 80, 82, 96, 102 f., 106, 113, 115</td>
</tr>
<tr>
<td>Bruttoinlandsprodukt</td>
<td>12 f., 19 ff., 25, 63, 77 f., 98, 101 ff., 112 ff.</td>
</tr>
<tr>
<td>Bundeshaushalt</td>
<td>40 f., 45, 47, 50, 112</td>
</tr>
<tr>
<td>Bundesbedarfsplanungsgesetz (BBPlG)</td>
<td>33</td>
</tr>
<tr>
<td>Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW)</td>
<td>46</td>
</tr>
<tr>
<td>Bürokratie, -abbau, -entlastung</td>
<td>16, 18, 47 ff., 68, 72, 90</td>
</tr>
<tr>
<td>CO₂-Bepreisung, -Emissionen, -Einsparungen</td>
<td>8, 14 ff., 27 ff., 34 ff., 43, 47, 52, 77, 81 f., 109</td>
</tr>
<tr>
<td>Carbon Leakage</td>
<td>17, 28, 36</td>
</tr>
<tr>
<td>Corona-Unterstützungsmaßnahmen</td>
<td>8, 21 ff., 98</td>
</tr>
<tr>
<td>Demografischer Wandel, Demografische Entwicklung</td>
<td>15, 19, 57, 67, 81, 85, 89, 94 f.</td>
</tr>
<tr>
<td>Dekarbonisierung</td>
<td>26, 28, 35 ff., 46, 57, 67</td>
</tr>
<tr>
<td>Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie (DNS)</td>
<td>78</td>
</tr>
<tr>
<td>Digitalisierung</td>
<td>8, 10, 18, 25, 41 ff., 46 ff., 59 ff., 65, 67, 69, 73 f., 89, 98, 106</td>
</tr>
<tr>
<td>Digitale Infrastruktur</td>
<td>41 f., 57 ff., 62</td>
</tr>
<tr>
<td>Digital Markets Act (DMA)</td>
<td>51, 61</td>
</tr>
<tr>
<td>Digitalpakt Schule</td>
<td>69</td>
</tr>
<tr>
<td>EEG, Erneuerbare-Energien-Gesetz</td>
<td>20, 31 f., 39 f., 51, 109</td>
</tr>
<tr>
<td>Effizienzhausstandard</td>
<td>34</td>
</tr>
<tr>
<td>E-Government</td>
<td>58</td>
</tr>
<tr>
<td>Elektromobilität</td>
<td>15, 38, 107</td>
</tr>
<tr>
<td>Emissionshandel</td>
<td>12, 16, 27 ff., 35 f., 40</td>
</tr>
<tr>
<td>Energieeffizienz, -maßnahmen</td>
<td>28, 33 ff., 66, 85</td>
</tr>
<tr>
<td>Energieforschungsprogramm</td>
<td>64</td>
</tr>
<tr>
<td>Energieleitungsbaugesetz (EnLAG)</td>
<td>33</td>
</tr>
<tr>
<td>Energietechnologien</td>
<td>36, 64</td>
</tr>
<tr>
<td>Energiewende</td>
<td>26, 31, 36, 42 f., 55, 64, 86, 98</td>
</tr>
<tr>
<td>Energie- und Klimafonds (EKF)</td>
<td>40</td>
</tr>
<tr>
<td>Erneuerbare Energien</td>
<td>27, 30 f., 35, 48, 83, 85</td>
</tr>
<tr>
<td>Erwerbstätige</td>
<td>20, 79, 81 f., 87, 92, 95, 102, 113, 115</td>
</tr>
<tr>
<td>Fachkräfte, -sicherung</td>
<td>8, 62, 67, 71 f., 75, 81, 89</td>
</tr>
<tr>
<td>Familie und Beruf, Vereinbarkeit</td>
<td>69, 81, 95</td>
</tr>
<tr>
<td>Finanzpolitik</td>
<td>8 ff., 12, 15, 18, 21, 25, 41, 78</td>
</tr>
<tr>
<td>„Fit-for-55“-Paket</td>
<td>27 f., 28, 38</td>
</tr>
<tr>
<td>Forschung und Entwicklung (FuE)</td>
<td>28, 59, 63, 65, 80, 88, 90</td>
</tr>
</tbody>
</table>
G7 .......................................................... 27, 55 f.
GAIA-X .................................................. 62
Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), 
GWB–Digitalisierungsgesetz ...................... 51

Gebäudeenergiegesetz ............................... 34
Gesellschaft mit gebundenem Vermögen ...... 54

Hightech-Strategie 2025 ............................ 63
H2Global .................................................. 37

Industrie 4.0 ................................................. 59, 62
Inflation, -rate, ........................................ 20, 104 f., 108 ff.
Innovation .......................... 9 f., 15, 18, 35 f., 38, 40 f., 43, 46, 
51, 54, 57, 59, 61, 63 ff., 70, 87 ff.
Investitionsanreize .................................. 49
Investitionsausgaben ............................... 41
Investitionsgüter ..................................... 17, 106 f.
Investitionsquote ................................. 41, 106

Insolvenz- und Restrukturierungsrecht .... 53
IPCEI (Important Project of Common European 
Interest) .................................................. 36, 39, 62, 65
IT-Sicherheit ........................................... 60, 63

Kapazitäten, -sauslastung ...................... 15, 32, 44 f., 48, 57, 
62, 91, 111
Kfz-Bereich ............................................. 107
Klimaklub ................................................ 17, 27
Klimaschutzgesetz ......................... 13, 27, 29 f., 52
Klimaschutzverträge .............................. 35
Kleine und mittlere Unternehmen (KMU)... 38, 43, 
61, 63 ff.
Kohleausstieg, -gesetz ......................... 31, 44 f.
Kommunen ........................................... 32, 44 f., 52, 59 f., 77

Konjunktur .......................... 10, 19 f., 21, 25, 42 f., 49, 59, 
65, 81, 101 f., 104 ff., 110, 112, 114
Krisenmaßnahmen .................................. 22
Künstliche Intelligenz (KI) ....................... 63, 65

Ladesäulenverordnung (LSV) .................... 38
Leitlinien für staatliche Klima-, Umweltschutz-
und Energiebeihilfen (KUEBLL) ................. 47
Leistungsbilanz ............................... 21, 106, 113, 115
Lieferketten ............................................ 56 f., 62, 108, 111

Mobilfunk, -netze .................................... 44, 57, 59

Nachhaltigkeit, -ziele ....................... 9, 12 ff., 46 f., 51 f., 55 f., 
62, 74, 78
Nachfrage ......................................... 20, 33 f., 40 f., 62, 67, 81, 102 f., 
105 f., 107 ff., 113, 115

Nationale Wasserstoffstrategie (NWS) ........ 36 f.
Netzausbau, -vorhaben ......................... 33, 58, 97 f.

ÖPNV ..................................................... 37, 44

Photovoltaik ............................................. 31 f., 86
Preisniveau ........................................... 20, 102, 105, 108 f., 114

Quantentechnologie ............................. 65

Reallabore ............................................. 46, 64
Repowering ........................................... 32

Sachverständigenrat (SVR) ..................... 6, 10, 26 f., 43 f., 46, 
49 ff., 53 f., 59 ff., 67 ff., 73, 104
Schuldenquote ..................................... 43 f., 96, 98
Sozialversicherung .......................................................... 22, 24, 67 f., 71, 74, 76, 94 f., 108
Soziale Marktwirtschaft .................................................. 8
Sozial-ökologische Marktwirtschaft ............................... 12
Staatskonsum ................................................................. 103, 112
Start-ups ................................................................. 24, 60 f., 64 ff.
Steuern, Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Umsatzsteuer ........................ 20 ff., 24, 45, 47, 49 ff., 108 f.,
Stromerzeugung .......................................................... 16, 26, 30 f.
Strukturwandel, Strukturstärkungsgesetz .... 31, 43, 46, 53, 67 f., 70, 75
Teilhabe ................................................................. 9 f., 43, 55, 67, 72 f., 76 f., 79, 81 f., 89, 94, 99
Treibhausgas, -emission, -minderung, -neutralität ... 12, 15, 17, 26 ff., 33 ff., 37, 77, 81 f., 85
Übertragungsnetz .......................................................... 33
Vergaberecht ................................................................. 18
Verlustrücktrag ............................................................ 24, 49 f.
Verbraucherpreisindex .................................................. 109, 113, 115
Wagniskapital, -markt ................................................. 66 f.
Wasserstoff ................................................................. 16, 36 f., 64
Wasserstoffstrategie ....................................................... 15, 36
Wettbewerbsfähigkeit ........................................ 10, 15 f., 26, 28, 36 f., 43, 47, 50, 57, 61, 64 f., 82, 89 f., 106
Wettbewerbsrecht ....................................................... 47, 51, 58, 60
Wettbewerbsregister ......................................................... 52
Windenergie ................................................................. 32, 36
Wohlfahrt ................................................................. 10, 13, 18, 41, 77 f.
Wohnungsbau .............................................................. 76 f., 108
WTO ................................................................. 27, 36, 55
Zukunftspaket ............................................................ 25, 42 f., 65